



Nr. 68 – Dezember 2006

### **Editorial**

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzte Ausgabe der *pazifik aktuell* in diesem Jahr beinhaltet leider wieder viele schlechte Neuigkeiten aus dem Pazifik. Angespannte Verhältnisse zwischen Australien, Papua-Neuguinea und den Salomonen sowie die gewalttätigen Unruhen in Tonga und letztendlich der Putsch in Fidschi sind bestimmend und nehmen viel Platz ein, sodass die Geschehnisse in anderen Ländern dahinter zurücktreten müssen. Das Thema HIV/AIDS nimmt zudem einen immer deutlicheren Platz im Alltag der pazifischen Staaten ein.

Trotz der weniger schönen Vorkommnisse in einigen Ländern des Pazifiks wünsche ich allen Leserinnen und Lesern eine bereichernde Lektüre sowie erholsame Festtage und einen gelungenen Start ins neue Jahr!

Katja Göbel, Redakteurin

## **PAPUA-NEUGUINEA**

### **Moti-Affäre sorgt für Spannungen zwischen PNG, den Salomonen und Australien**

**PNG/Salomonen/Australien:**  
Zwischen Papua-Neuguinea (PNG) und Australien kühlten

sich die diplomatischen Beziehungen in den letzten zwei Monaten deutlich ab. Grund ist die so genannte „Moti-Affäre“ oder „Moti-Saga“. Wie bereits in der letzten Ausgabe dieser Zeitung angesprochen, entrüstete sich die australische Regierung über die Ernennung des Indo-Fidschianers Julian Moti zum Generalstaatsanwalt in den Salomonen durch den dortigen Premierminister Manasseh Sogavare, einem persönlichen Freund Motis. Moti, ehemaliger Juraprofessor in Australien mit einer Gastprofessur in Neu Delhi, wird jedoch von Australien wegen angeblichen Missbrauchs einer Dreizehnjährigen in Vanuatu im Jahr 1997 gesucht. Zwar wurde damals die strafrechtliche Anklage fallengelassen, die Akte 1999 geschlossen und auch eine zivilrechtliche Klage der Minderjährigen wurde zu Gunsten von Moti entschieden. Doch nach australischen Missbrauchsgesetzen (touristischem Kindesmissbrauch) müssen sich alle Australier – Moti hat(te) einen australischen Pass – auch in Australien einem Gericht stellen. PNG und Australien unterhalten einen Auslieferungsvertrag, auf den sich Canberra in diesem Fall beruft. Fraglich ist nur, warum die australische Regierung gerade jetzt, sechs Jahre nachdem die Akte geschlossen wurde, Moti unbedingt wegen dieses angeblichen Vergehens – dazu muss gesagt werden, dass der Fall damals in Vanuatu nicht mit der nötigen Sorgfalt behandelt wurde – vor Gericht stellen will. Offensichtlich scheinen hinter die

ser Sache weniger rechtliche, sondern mehr politische Interessen Canberras zu stehen. Moti wurde von der australischen Regierung als großer Trumpf angesehen, um die Regierung in Honiara zu beeinflussen. Moti formulierte die Richtlinien für eine unabhängige Untersuchung der im April stattgefundenen Unruhen in Honiara, die jedoch auf vehementen Widerstand in Canberra stießen – die australischen RAMSI (Regional Assistance Mission to the Solomon Islands) Einsatzkräfte wurden als möglicher Faktor für die Eskalation der Situation mit in Betracht gezogen. Daher liegt der Verdacht nahe, dass Australien nur einen Grund vorschiebt, Moti habhaft zu werden.

Moti befand sich Ende September von Indien aus auf seinem Weg nach Honiara, der Hauptstadt der Salomonen, um seinen Dienst dort anzutreten. Sein Flug ging über Port Moresby, wo er einen Transitstopp einlegen musste. Bereits im Vorfeld erhob die australische Regierung den Anspruch, dass er bei seiner Ankunft in PNG von der dortigen Polizei verhaftet werden sollte, um ihn anschließend an Canberra auszuliefern. Dies geschah auch, jedoch wurde Moti auf Kautions aus dem Polizeigewahrsam entlassen und in ein Hotel eingebucht. Er sollte am nächsten Tag vor Gericht erscheinen, was er jedoch nicht tat, verschwand daraufhin und konnte von der papua-neuguineischen Polizei nicht gefunden werden. Kurze Zeit später wurde bestä-



tigt, dass Moti in der High Commission der Salomonen Zuflucht gesucht hatte. Der salomonische Außenminister Pateson Oti rechtfertigte den Aufenthalt Motis auf salomonischem Grund und Boden damit, dass Moti zwar kein salomonischer Staatsangehöriger sei, aber ein Beamter der salomonischen Regierung – auch wenn Moti kurze Zeit später als Generalstaatsanwalt von der Judicial and Legal Service Commission der Salomonen suspendiert wurde. Zudem seien die Hintergründe des Haftbefehls der australischen Regierung zu „dubios“, da Moti doch in den letzten Jahren ständig in Australien gewesen sei, ohne für die Vorwürfe zur Verantwortung gezogen worden zu sein, so Oti weiter. Ein Auslieferungsvertrag, wie er zwischen PNG und Australien existiert, besteht zwischen Honiara und Canberra nicht, weshalb es auch keinen akuten Grund gab, Moti auszuliefern.

Der Premierminister von PNG, Sir Michael Somare, erklärte sich damit einverstanden, Moti aus PNG ausfliegen zu lassen. Seiner Meinung nach sei die ganze Sache eine Angelegenheit zwischen den Salomonen und Australien. Die Regierung in Port Moresby erklärte zudem, dass keine korrekte formale Aufforderung zur Verhaftung Motis von Seiten Australiens eingereicht worden sei. Sogavare begrüßte die Haltung Port Moresbys in diesem Fall, zeige dies doch den Respekt sowohl vor der Souveränität der Salomonen als auch vor der Rechtsprechung Vanuatus. Es sei ein Signal PNGs gegenüber Australien, um das schikanierende Verhalten Australiens gegenüber seinen kleineren pazifischen Nachbarn, um eigene Interesse voranzutreiben, entgegenzuwirken.

Am 10. Oktober zeigte sich jedoch, dass sich PNG offensichtlich doch nicht aus der dip-

lomatischen Auseinandersetzung zwischen den Nachbarländern heraushalten wollte. Mit einem Flugzeug des papua-neuguineischen Militärs wurde Moti – laut Regierungsangaben aus Port Moresby ohne Kenntnis der Regierung – in die Salomonen ausgeflogen. Dies ist jedoch verwunderlich, muss Somare, der nicht nur Premierminister, sondern auch Außenminister zu diesem Zeitpunkt war, über solche Flüge informiert werden. PNGs Justizminister beklagte einen Bruch der Gesetze. Auch der gerade aus Fidschi zurückgekehrte High Commissioner der Solomonen in PNG konnte sich den Umstand nicht erklären. Moti wurde nach seiner Ankunft auf den Salomonen wegen illegalen Betretens des Landes verhaftet, weil er keinen gültigen Pass mehr hatte, da dieser zuvor von Australien annulliert wurde. Nach wenigen Tagen kam er jedoch auf Kaution frei, muss sich jedoch nun vor einem Gericht in den Salomonen verantworten. Bislang gab es noch keine offizielle Anfrage von Seiten der australischen Regierung für dessen Auslieferung, bemerkte der salomonische Außenminister.

Australien reagierte auf den Militärflug äußerst empört und stoppte alle diplomatischen Beziehungen zu PNG. Oppositionsführer Peter O'Neill machte Somares Regierung für die angespannte Situation aufgrund der emotionalen und unnötigen Statements gegenüber Canberra zu dem Fall verantwortlich. Australiens Außenminister Alexander Downer beschuldigte die Regierung in Port Moresby, hinter dem Komplott zu stehen und forderte die sofortige Aufklärung der Umstände. Australien gab daraufhin eine Reiseverwarnung für PNG wegen gesellschaftlicher Unruhen und politischer Spannungen im Vorfeld der Wahlen (Juni 2007) heraus. PNGs Ministern wurde es verboten, Australien zu be-

treten und Canberra drohte damit, die Entwicklungshilfe für PNG (etwa 178,5 Mio. €) und auch die für die Salomonen zu streichen. Im Gegenzug verhängte PNG ein Einreiseverbot für australische Politiker. Kurze Zeit darauf fand das Treffen des Pacific Islands Forum in Fidschi statt, wo sich der australische Premier Howard und Somare aufgrund der angespannten Lage nicht einmal die Hand schüttelten. Somare drückte seine Bedenken aus, falls die „Moti-Saga“ bezeichnend für die neue australische Außenpolitik der Intervention in der pazifischen und asiatischen Region sei.

Stimmen aus dem Parlament hinterfragten die Umstände von Motis Flug, sei es doch verwunderlich, dass weder der Premierminister noch das Kabinett nicht sofort nach der Aktion Untersuchungen zu deren Aufklärung eingeleitet hätten. Anfang November wurden drei hochrangige Beamte vom Kabinett suspendiert, die angeblich in die „Moti-Affäre“ verwickelt sein sollen: PNGs Chefsekretär Joshua Kalinoe, der stellvertretende Polizeichef Tom Kulunga und der Kommandant der Papua-Neuguinea Verteidigungskräfte (PNGDF) Peter Ilau. Sie hätten nicht ausreichend mit jenen Beamten verfahren, die Motis Flug planten. Kurz darauf wurde auch der Generaldirektor des National Security Advisory Council (NSAC), Joseph Asaigo, wegen angeblicher Verwicklungen in die Affäre suspendiert. Weitere Untersuchungen in der Sache gebe es nicht, so Somare, schließlich habe man die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen. Eine Untersuchung der PNGDF wurde vom Kabinett abgelehnt, da sie unvollständig gewesen sei. Doch die Untersuchungen werden auf Veranlassung des Verteidigungsministers Martin Aini weitergehen.

Um die Wogen zwischen Canberra und Port Moresby zu glätten, ernannte Somare den Wirtschaftsminister PNGs, Paul Tiensten, als neuen Außenminister. Dieser versuchte sofort, diplomatische Beziehungen zu seinem australischen Gegenüber Downer herzustellen. Downer erklärte sich daraufhin bereit, ein Treffen zu vereinbaren. Ende November hob Australien das Einreiseverbot für papua-neuguineische Minister wieder auf und auch der salomonische Außenminister soll eine Einreiseerlaubnis erhalten. Auch wenn sich die Beziehungen nun zu regulieren scheinen, zeigen sich die Ergebnisse der Untersuchungen jedoch noch immer nicht erschöpfend. Bis zu einer wirklichen Entspannung der Lage wird es wohl noch einige Zeit dauern. (Post Courier 3.10.06, 5.10.06, 16.10.06, 17.10.06, 26.10.06, 7.11.06, 14.11.06, 16.11.06, 20.11.06, 21.11.06, 23.11.06, 24.11.06; National 20.10.06, 13.11.06, 20.11.06, 24.11.06; Radio Australia – Pacific Beat 03.10.06, 20.10.06, 25.10.06; Solomon Star 2.10.06, 3.10.06, 4.10.06, 5.10.06, 2 x 11.10.06, 30.11.06, 6.12.06; RNZI 27.11.06; ABC 10.10.06; [http://en.wikipedia.org/wiki/Julian\\_Moti](http://en.wikipedia.org/wiki/Julian_Moti))

### **Grundsteinlegung bei Ramu Nickel**

Anfang November ermutigte Premierminister Somare alle, das 2,5 Billionen Kina (ca. 800 Mio. US-\$) Ramu Nickel Projekt zu unterstützen, damit alle davon profitierten, besonders die Landbesitzer in der Madang-Provinz. Anlass war die Grundsteinlegung des Projekts, das bereits vor geraumer Zeit beschlossen und die Verträge unterzeichnet wurden. Das Projekt werde nicht nur die Wirtschaft Papua-Neuguineas (PNG) ankurbeln, sondern auch die Bande zwischen China und PNG stärken. Es ist das größte Projekt Chinas in PNG seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Hauptbetreiber ist China Metallurgical Construction (MCC), wobei sich kürzlich

zwei weitere chinesische Unternehmen dem Projekt angeschlossen: Jinlin Nickel Industry Group Ltd und Jinchuan Group Ltd. Die kommerzielle Förderung soll Mitte 2009 beginnen und 20 Jahre lang eine jährliche Produktion von 33.000 Tonnen hochwertigen Nickels und 3.280 Tonnen Kobalt erbringen. Bereits jetzt sind die Arbeiten in Gange, um Zufahrtsstraßen, einen vorübergehenden Anlegeplatz für Schiffe und ein Camp für die Arbeiter zu errichten.

Wie schon in den Jahren davor erhoben Gemeinden entlang des Ramu Flusses Bedenken, dass ihr Leben und das Ökosystem des Flusses durch die Minenarbeiten stark beeinträchtigt würden. Der Ramu Fluss fließt durch Teile der Eastern Highlands und Madang Province, aber es könnten auch die Zuläufe in Mitleidenschaft der Minenarbeiten gezogen werden. Der Ramu Fluss stellt für nahezu 300.000 Menschen Nahrung, Wasser und ein Transportmittel dar. Bereits vor 40 Jahren wurden die Nickelvorkommen in Kurumbukari, wo die Mine errichtet wird, entdeckt. Die Unternehmer in Kurumbukari versicherten den Anwohnern jedoch, dass keine chemischen Mittel in den Fluss eingeleitet werden würden. Vielmehr soll der Abraum durch eine 132-km-lange Pipeline zu einer Anlage in der Basamuk Bay an der Rai Coast geleitet und die giftigen Abfälle der Nickel- und Kobaltgewinnung anschließend 150 m tief ins Meer gepumpt werden. Doch die Erfahrung hat gezeigt, dass bei allen Minenprojekten immense Schäden für Mensch und Umwelt entstehen. Das wird auch bei der Ramu Nickel Mine nicht anders sein, auch wenn sowohl die chinesischen Betreiber als auch die papua-neuguineische Regierung etwas anderes behaupten. Bereits jetzt leidet der Ramu Fluss unter der Verschmutzung durch andere

kommerzielle Aktivitäten in der Region. Der Sprecher der Landbesitzer warnte die Regierung und MCC davor, sie nicht zu „Zuschauern ihres eigenen Landes“ zu machen.

Kurz nach der Grundsteinlegung wendete sich die Regierung in Madang mit einem Informationspapier an alle Interessenvertreter des Projekts, in dem sie ihre Bedenken über die Durchführung des Projekts kundtat. PNG könnten Millionen Kina an Steuern verloren gehen, wenn nicht sofortige Schritte unternommen würden und Beschäftigungs- und Steuerrechte durchgesetzt würden. Die Provinzregierung zeigte sich besorgt über die plötzliche Einfuhr von Menschen und Gerät ohne angemessene Autorisation, ebenso wie über importierten Tabak, Alkohol und eingeführtes pornographisches Material für die chinesischen Arbeiter. All dies könnte größeren Schaden in dem sozialen Gefüge PNGs verursachen. Sehr viele chinesische Arbeiter würden auf dem Gelände angestellt werden, wobei man nicht sicher sei, ob auch die nötigen Einwanderungs- und Beschäftigungsgesetze eingehalten, und ob die eingeführten Waren auch von den maßgeblichen Regierungsbehörden gelöscht würden. Es würde noch mehr Material ins Land gebracht werden und die Provinzregierung hielt alle entscheidenden Behörden dazu an, die Importe genau zu beobachten. Andere Punkte wurden in dem Papier auch aufgegriffen, beispielsweise, dass 100 % Papua-Neuguineaner in allgemeinen Tätigkeitsbereichen arbeiten sollten, die Arbeiter des Betreibers Englisch sprechen sollten, nur spezialisierte Arbeiter für die Bearbeitung des Abraums zuständig sein sollten, alle neuen Abkommen zwischen dem Betreiber und der nationalen Regierung mit der Provinzregierung in Madang abgesprochen werden sollten,

die Regierung in Port Moresby alle betroffenen Regionalregierungen entsprechend aufklären sollte und dass die Provinzregierung in Madang in allen relevanten Bereichen informiert und miteinbezogen werden sollte. (Post Courier 6.11.06, 16.11.06; National 7.11.06, 8.11.06, 9.11.06, 7.12.06; Private Berichte aus PNG)

### **Illegale Minenarbeiten**

Erneut ertönen Stimmen, die eine Notstandssituation in dem Gebiet der Porgera Goldmine verlangen. Der Vorsitzende der Porgera Development Authority Nixon Mangape erklärte Anfang November gegenüber dem Post Courier, dass es verstärkte illegale Minenaktivitäten durch Anwohner gäbe. Man bräuchte mehr Polizei, würden Menschen in der Umgebung doch teilweise Schnellfeuerwaffen tragen. Stützpunkte sollten errichtet werden, um zu kontrollieren, wer das Gebiet betritt und verlässt. Man wäre auch bereit die Kosten zu teilen, so der Vorsitzende weiter. Werde nichts getan, so würden bald vielleicht noch größere Probleme auftreten. (Post Courier 7.11.06)

### **Kampagnenarbeit gegen HIV/AIDS**

Im Vorfeld des Welt-AIDS-Tages fand in Lae ein einwöchiges „Tingim Laip“ HIV/AIDS Treffen statt, das vom National AIDS Council Sekretariat und AusAID unterstützt wurde. Dr. Mike Toole vom Burnet Institute of Australia erklärte, dass sehr viel Aufmerksamkeit der Aufklärung junger Frauen gewidmet werde, jedoch nicht der junger Männer, die mehr als Frauen den Virus verbreiteten und auch sexuell aktiver seien. Programme für Paare seien daher am effektivsten, um der Verbreitung Herr zu werden. Papua-Neuguinea hat im Pazifik die höchste Ansteckungsrate. Eine Studie belegt, dass die

Zahl der Ansteckungen von 60.000 (geschätzt werden drei bis viermal so viel Infizierte) auf 500.000 in den nächsten 20 Jahren ansteigen könnte. Zahlen belegen, dass es im National Capital District (NCD) 1.523 Neuinfizierte gibt – die höchste jemals erfasste Zahl –, gefolgt von der Western Highlands Province mit 543, der Eastern Highlands Province mit 171 und der Southern Highlands Province mit 166. Bereits jetzt wird eine Epidemie wie in Afrika prognostiziert, doch werden Versuche von Seiten der Regierungen in Port Moresby und Canberra gestartet, um die Aufklärungsarbeit voranzutreiben. AusAID stellt 200 Mio. Kina (ca. 53 Mio. €) für ein neues Programm mit dem Namen „Sanap Wantaim“ (Stand Together) zur Verfügung. Das Programm soll alle Gesellschaftsebenen involvieren und Themen wie die Gender-Verhältnisse und Gewalt gegen Frauen ansprechen. Das Programm fokussiert sich auch auf die Arbeit der Kirchen, den privaten Bereich und Regierungsorganisationen. Die Regierung von Papua-Neuguinea stellt für 2007 für die HIV/AIDS-Arbeit 90 Mio. Kina (ca. 24 Mio. €) bereit.

Problematisch sind die weit verzweigten sexuellen Netzwerke, durch die die Verbreitung des Virus vereinfacht wird, der Missbrauch von Drogen, die Gewalt gegen Frauen und Kinder, die mangelnde Bildung und Aufgeklärtheit und die Stigmatisierung der HIV-Infizierten in der Gesellschaft. Daher trauen sich viele nicht, sich einem Test zu unterziehen, aus Angst, dann aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden. Gesundheitsminister Sir Peter Barter rief alle dazu auf, sich freiwillig testen zu lassen, um ihren Status zu erfahren. Eine fünfzigseitige Studie der in New York ansässigen Human Rights Watch's Children's Rights Division, die Ende Oktober erschien, kam zu dem Er-

gebnis, dass durch die Brutalität der Polizei in Gefängnissen, die Verbreitung von HIV/AIDS zusätzlich unterstützt werde. Kinder und Jugendliche würden gefoltert und vergewaltigt und mit Erwachsenen in eine Zelle gesperrt, was die Gefahr von Missbrauch erhöhe.

In Papua-Neuguinea wurden 1987 die ersten sechs HIV-Infektionen dokumentiert. Seitdem wächst die Zahl der Neuansteckungen rasant schnell. Besonders junge Menschen zwischen 15 und 24 sind davon betroffen. Aufklärungsarbeit ist daher von größter Dringlichkeit. In Papua-Neuguinea fanden landesweit mehrere Aktivitäten anlässlich des Welt-AIDS-Tages statt, u.a. kostenlose Tests, Theaterstücke, Verteilung von Kondomen und Informationsmaterial und dergleichen, um HIV/AIDS in das Bewusstsein der Menschen zu rücken. (Post Courier 17.10.06, 18.10.06, 31.10.06, 5.12.06; National 31.10.06, 28.11.06, 29.11.06, 1.12.06, 8.12.06)

## **BOUGAINVILLE**

### **Musingku bei Feuergefecht verwundet**

Noah Musingku, Leiter des gescheiterten U-Vistract-Modells (Geld-Pyramiden-Modell), wurde bei einem Feuergefecht in Tonu (Süd-Bougainville) durch eine Kugel am Hals verletzt. Eine neuformierte bewaffnete Rebellen-Gruppe, die Bougainville Freedom Fighters (BFF), betrat am 6. November Musingkus Camp in Tonu, um ihn und seine Gefolgsleute dazu zu bringen, ihre Waffen abzugeben. Die Gruppe sei zusammen mit lokaler Polizei in das Camp gekommen, habe jedoch keine gewalttätigen Absichten gehabt, so ein Mitglied der BFF. Musingkus Leute hätten daraufhin eine Granate gezündet und das Gefecht eröffnet. Dabei gingen diverse Gebäude in Flammen auf und fünf

Menschen starben. Der verletzte Musingku floh zusammen mit seinen fünf fidschianischen Bodyguards und einigen Leuten in ein anderes Dorf, wo sie ihre Wunden behandelten. Musingku beschuldigt nun die Autonome Regierung Bougainvilles (ARB), hinter dem Anschlag zu stecken, hätte sie doch den BFF 10.000 Kina (ca. 2.600 €) gegeben. Die Regierung bestreitet dies jedoch, denn das ausgehändigte Geld sei für eine Friedensinitiative bereitgestellt worden, mit dem Ziel, die fünf Fidschianer, die Musingku vor etwa einem Jahr nach Bougainville holte, friedlich aus dem Land zu bringen. Die Aktion scheiterte jedoch. Musingku hatte den Fidschianern damals jeweils 1 Mio. Kina (ca. 264.000 €) versprochen, wenn sie ihn bei seiner Arbeit unterstützten. Dieses Geld wurde bislang anscheinend jedoch nicht ausgezahlt, denn die Fidschianer sind noch immer im Land. Der papua-neuguineische Minister für Bougainville, Sir Peter Barter, machte deutlich, dass die fünf Männer, ebenso wie Musingku, nicht ungestraft davon kommen sollen. Sie hätten in Bougainville sehr viele schwerwiegende Probleme verursacht. Der Polizeiminister Bougainvilles, Ezekiel Massatt, erklärte, dass nun endlich Schluss mit dem U-Vistract-Modell sein sollte, denn es sei für die Eskalation der Gesetzlosigkeit in Süd-Bougainville verantwortlich. Sowohl die Regierung in Port Moresby als auch die ARB wollen nun eng zusammenarbeiten, um dem Treiben ein Ende zu bereiten. Barter zeigte sich jedoch nicht damit einverstanden, dass die ARB 10 australische Polizeibeamte anfragt, um im südlichen Teil Bougainvilles die lokale Polizei bei der Herstellung von Recht und Ordnung zu unterstützen. Australien hatte dies der ARB angeboten, jedoch ist das Verhältnis zwischen Canberra und Port Moresby aufgrund der „Moti-Affäre“ noch immer recht ange-

spannt. Bevor eine offizielle Anfrage gestellt werde, müsse sich das Verhältnis der beiden Länder erst wieder normalisieren, so Barter. Derweilen drohen die BFF Musingku und seinen Männern, dass sie nicht mehr für deren Sicherheit garantieren könnten, wenn sie nicht endlich ihre Waffen an die Polizei abgeben. Notfalls werden sie sich die Waffen mit Gewalt holen. Nach der Auffassung der BFF ist die ARB nicht in der Lage, die Probleme im Süden der Insel mit friedlichen Mitteln zu lösen. (*Post Courier* 6.11.06, 24.11.06, 1.12.06; *National* 23.11.06, 27.11.06, 28.11.06, 29.11.06, 1.12.06; *Radio Australia – Pacific Beat* 24.11.06)

### **Auszahlungen an ehemalige Kämpfer**

Ende November flogen der papua-neuguineische Minister für Bougainville, Sir Peter Barter, und Verteidigungsminister Martin Aini nach Buka (nördliche Nachbarinsel von Bougainville), um einen Scheck in Höhe von 10 Mio. Kina (ca. 2,6 Mio. €) zu überreichen. Das Geld war für ehemalige Widerstandskämpfer der Bougainville Resistance Fighters (BRF) gedacht, die die Sicherheitskräfte im Land während des Bürgerkriegs, der 2001 endete, unterstützten. Sir Peter bedankte sich bei den Kämpfern nicht nur für deren Mithilfe bei der Errichtung von Frieden und Ordnung, sondern auch für ihre Geduld und ihr Verständnis mit seiner Regierung und der Autonomen Regierung Bougainvilles (ARB) für die lange Verzögerung der Auszahlung. Aini ergänzte, dass die Zahlung ein Zeichen der Anerkennung von der nationalen Regierung sei und fügte hinzu, dass sie auch die Beziehung beider Regierungen stärken solle, um langfristig Frieden und Entwicklung auf der Insel zu etablieren. Die ARB bedankte sich im Gegenzug bei den Vertretern aus Port Moresby,

sei Bougainville doch mit etwa 4 Billionen Kina Forderungen, resultierend aus der Krise, konfrontiert und diese 10 Mio. seien eine willkommene Geste.

Nachdem die Auszahlung der Beträge an die über 4.000 ehemaligen Kämpfer in den ersten Tagen gut gelaufen war, kristallisierten sich jedoch bald Probleme heraus. Offensichtlich war eine beachtliche Zahl von Kämpfern nicht auf den offiziellen Auszahlungslisten erschienen und somit nicht mit Zahlungen bedacht worden. Daher zogen über 100 ehemalige Mitglieder der BRF zum Flughafen nach Buka, um die Beamten aus Port Moresby daran zu hindern, Bougainville zu verlassen und hielten das Flugzeug von Air Niugini am Flughafen fest. Erst nachdem ihnen versichert wurde, dass ihnen die Zahlungen gewährt würden, ließen sie das Flugzeug starten. Die Kämpfer gehörten zum größten Teil den ehemaligen Widerstandstruppen von Tabago an, einem Gebiet, das während der Krise mit am stärksten betroffen war und wo die Menschen sehr stark unter der Lage leiden mussten. Die frustrierten ehemaligen Kämpfer wurden von der Polizei jedoch dazu angehalten, das Gesetz nicht in die eigene Hand zu nehmen. Ihre Zahlungen würden sie so bald wie möglich erreichen. (*National* 30.11.06, 6.12.06; *Post Courier* 7.12.06)

## **KIRCHLICHE NACHRICHTEN**

### **AUS PAPUA-NEUGUINEA**

#### **Subvention für Missionsflieger**

Die Regierung will im Jahr 2007 verschiedene Missionsfluggesellschaften, darunter auch

MAF (Mission Aviation Fellowship) durch die Subvention von Flugbenzin unterstützen. Gesellschaften wie MAF bieten ihren Service fast ausschließlich für die abgelegenen ländlichen Regionen des Landes an und setzen sich in ganz besonderem Maße für die benachteiligten Menschen ein. Die Regierung wolle diese wichtige Aufgabe unterstützen und dazu beitragen, dass landwirtschaftliche Produkte zu einem vertretbaren Preis auf den Markt kommen könnten und den Menschen so ein angemessenes Einkommen ermöglicht werde, sagte der stellvertretende Premierminister, Don Polye, während der Eröffnungsfeierlichkeiten zu einer neuen Flugpiste in Gema im östlichen Hochland. (National 24.10.2006)

## AUS DER ELC-PNG

### **Nationale Frauenkonferenz**

Zur zehnten nationalen Frauenkonferenz in Goroka waren Mitte November etwa 5.500 Frauen aus allen Distrikten der ELC-PNG angereist. Hauptthema der Konferenz war die Weitergabe des Evangeliums an Nicht-Christen und insbesondere an die nachfolgende Generation. Rev. Darol Boyd überbrachte die Grüße der Kirchenleitung und dankte den Frauen für ihren unermüdlichen Dienst zum Wohl der Gemeinden und der ganzen Gesellschaft. (Wantok Nr.1686)

### **Zustimmung zu lutherischer Universität**

Mitte November hat das Parlament den Plänen zur Gründung einer lutherischen Universität zugestimmt. Im Jahr 2008 sollen die ersten Studierenden aufgenommen werden. Die neue Uni bündelt die Ressourcen des Balop Teacher's Col-

lege und des Martin Luther Seminars und ermöglicht international anerkannte Studienabschlüsse. Dabei wird eng mit der Murdoch Universität in West-Australien zusammengearbeitet. (National 16.11.2006)

### **Bundeswehr unterstützt Krankenhäuser**

Die Bundeswehr hat aus ihren Lagerbeständen ca. 9 m<sup>3</sup> Sanitätsmaterial, Decken, Krücken, Scheren, Pinzetten, Operationsgerät etc. mit einem Neuwert von etwa 45.000 € für die Krankenhäuser der ELC-PNG kostenlos zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der humanitären Hilfe wurden die Hilfsgüter über das Missionswerk der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern nach PNG verschifft. Anfang nächsten Jahres werden sie an die Krankenhäuser in Finschhafen, Etep und Karkar übergeben. (MWB 11.12.06)

## AUS DER ÖKUMENE IN PNG

### Gutnius Lutheran Church

### **Ländliches Krankenhaus wieder eröffnet**

Das Immanuel Lutheran Rural Hospital im Wapenanmanda Distrikt der Enga Provinz konnte nach sechs Wochen Schließung wieder geöffnet werden. Zu der Schließung war es nach massiven Landstreitigkeiten gekommen, in deren Verlauf auch Teile des Krankenhauses zerstört worden waren. Das Krankenhaus hat 113 Betten und ist das größte in der Provinz. Nach zähen Verhandlungen gab Bischof David Piso die Wiederaufnahme des normalen Krankenhausbetriebs bekannt und dankte den Anführern für die friedlichen Verhandlungen. (National 27.09.2006)

## Aus der Röm.-Kath. Kirche

### **„Radio Maria“ geht auf Sendung**

Mitte November hat „Radio Maria“ das bisherige Catholic Radio Network (CRN) übernommen, das sich aufgrund finanzieller Schwierigkeiten nicht mehr halten konnte. Wie bisher wird ein 24-Stunden-Programm zu spirituellen, sozialen und praktischen Lebensfragen ausgestrahlt. Radio Maria wurde vor 20 Jahren in Italien gegründet und operiert mittlerweile in 64 Ländern weltweit. (Wantok Nr. 1685)

### **Exkommunikation für Selbstjustiz**

Die röm.-kath. Kirche in der Chimbu Provinz will Katholiken, die Gewalt gegen andere ausüben, die der Zauberei und schwarzer Magie verdächtigt werden, künftig nicht mehr zu ihren Gottesdiensten zulassen. Bischof Henk te Maarsen will damit die Übergriffe auf Verdächtige senken. Eine wachsende Zahl von Menschen hatte sich in jüngster Zeit an Hexenverfolgungen beteiligt und der Zauberei Verdächtige geschlagen, gefoltert oder gar getötet. In vielen Fällen konnten Priester diese Art von Selbstjustiz verhindern, verbunden mit Aufklärungskampagnen und Kursen über Ursachen von Krankheiten, biblische Aussagen über das Böse und Zauberei, sowie praktische Hilfen, um die Furcht vor Zauberei zu überwinden. (National 20.10.06)

## Methodistische Kirche

### **Unerlaubter Waffenbesitz eines Pfarrers**

Pfarrer Tame Kambo aus dem Dorf Undiapu im Wiru-Gebiet wurde wegen unerlaubten Waffenbesitzes verhaftet und verur-

teilt. Der Pfarrer hatte die Waffe als Teil des Brautpreises für seine Tochter erhalten. Bei der Durchsuchung seines Hauses entdeckten die Polizisten auch noch ein selbst gemachtes Gewehr. (National 20.11.06)

## United Church

### **Kirchenkongress eröffnet**

Ende Oktober feierte die United Church ihre 20. Vollversammlung, die von Sir Paulias Matane eröffnet wurde. Sie stand unter dem Thema „Investing in Youth and Children – Empowering Leaders to Make a Difference“. Gouverneur Chris Haiveta betonte in seiner Rede, dass die beiden Themen des Kongresses auch von Seiten der Regierung sehr begrüßt und unterstützt würden. Zu der zweiwöchigen Versammlung waren auch Delegierte aus Samoa, Tuvalu und Australien angereist. (Wantok Nr. 1684, National 31.10.2006)

## Heilsarmee

### **Gewehre gegen Bibeln**

Das Four-Mile-Settlement etwas außerhalb von Lae hat in den letzten Jahren traurige Berühmtheit als Brutstätte für Jugendkriminalität erlangt. Straßensperren und Diebstähle waren an der Tagesordnung auf dem Weg vom Flughafen Nadzab nach Lae. Nun ist es der Heilsarmee gelungen, mit den Anführern der Jugendbanden ins Gespräch zu kommen und sie dazu zu bewegen, ihre Waffen abzugeben. Über 30 Jugendliche übergaben ihre selbst gemachten Gewehre, Munition, Buschmesser und Eisenstangen an die Heilsarmee und erhielten dafür eine Bibel überreicht. Künftig werden die Jugendlichen in verschiedenen Kursen der Heilsarmee ausgebildet, um z.B. einen kleinen

Laden eröffnen oder Brötchen backen zu können. Die Waffen wurden anschließend der Polizei übergeben und vernichtet. (Post Courier 14.11.2006)

## **PAZIFIK ALLGEMEIN**

### **Bedrohung Diabetes**

Die hohe Zahl an Diabeteserkrankungen bedroht die indigenen Bewohner der Pazifikregion. Nach Angaben von Martin Silink, dem Leiter der International Diabetes Foundation, haben Angehörige indigener Völker generell ein größeres genetisches Risiko, an Typ 2 Diabetes zu erkranken. In den meisten Fällen werde das Problem durch die rasche Anpassung an westliche Lebensstile und Diäten noch verschärft. Im Pazifik war die Krankheit bis zum Zweiten Weltkrieg nahezu unbekannt. Heute verzeichne die Region eine der höchsten Raten an Diabeteserkrankungen weltweit, sagte der Gesundheitsforscher Chris Cunningham der neuseeländischen Zeitung „Dominion Post“. Unter den neuseeländischen Maori habe die Krankheit mittlerweile „epidemische Proportionen“ angenommen. In Neuseeland ist Diabetes nach Medienberichten für geschätzte 20 % der Todesfälle unter Maori verantwortlich - im Vergleich zu 4 % unter Nicht-Polynesiern. „Tatsache ist, dass ein Big Mac Maori mehr Schaden zufügt als Kaukasiern“, so Cunningham. (Artikel von Agnes Brandt; Quelle: New Zealand Herald)

## **BRENNPUNKT INDONESIEN**

### **AIDS und Unabhängigkeit**

**West-Papua:** Der 1. Dezember ist weltweit der Tag, an dem HIV/AIDS verstärkt thematisiert wird. Für die Bewohner West-Papuas bedeutet der Tag aber weitaus mehr, denn am 1. Dezember 1961, zur Zeit der niederländischen Kolonialregierung, beschloss der West-Neuguinea Rat (die Papua-Volksvertretung), Niederländisch Neuguinea „West-Papua“ zu nennen. Die Volksvertreter bestimmten zudem „O Papua, mein Land“ als Hymne und die Morgensternflagge als Fahne und sprachen sich für die Selbstbestimmung West-Papuas aus. Das Land wurde jedoch von Indonesien besetzt und ist bis heute nicht unabhängig. Die Morgensternflagge darf nicht gehisst werden, sonst drohen 10 bis 15 Jahre Gefängnis. Drei Tage vor diesem „Unabhängigkeitstag“ versammelten sich etwa 120 Aktivisten in Papua-Neuguineas Hauptstadt Port Moresby und hissten die Morgensternflagge. Australien, die USA, die EU und Neuseeland wurden dazu aufgefordert, West-Papuas Unabhängigkeit von Jakarta zu unterstützen. Die Hymne wurde gesungen und danach still den Opfern des Unabhängigkeitskampfes gedacht.

Aber auch das Thema HIV/AIDS ist für die Menschen in Papua von Bedeutung. Nach Jakarta hat West-Papua die höchste Rate an HIV-Infektionen in Indonesien. Es wird von 2.770 Infizierten gesprochen, wobei 1.119 davon an AIDS erkrankt sind. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die reale Zahl weitaus höher liegt, denn nur die wenigsten lassen einen

Test machen. Wie auch in Papua-Neuguinea, so sind auch im westlichen Teil der Insel besonders Frauen betroffen. (*E-Informationsbrief Nr. 185, 1.12.06, des West Papua Netzwerks; National 28.11.06*)

## † Wim Zonggonau

**West-Papua:** Am 2. Oktober verstarb der bekannte Papua-Führer Willem (Wim) Zonggonau im Alter von 64 Jahren nach einem schweren Herzanfall in einem australischen Krankenhaus. Der Politiker hatte sich zeitlebens für ein freies West-Papua eingesetzt und war in den 1960ern sowohl Mitglied des Provinzparlaments als auch des Nationalen Oberhauses in Jakarta. 1969 wollte er beweisen, dass Indonesien den „Act of Free Choice“ manipuliert und damit West-Papuas Unabhängigkeit verhindert hatte. Daraufhin musste er nach Papua-Neuguinea ins Exil gehen.

Wim Zonggonau sprach mehrere Sprachen fließend und hielt weltweit Vorträge, um für Frieden und Gerechtigkeit in West-Papua zu werben, zuletzt in Australien, wo er den schweren Herzinfarkt erlitt. Der Australische Senat sprach eine Beileidsbekundung aus und hob Zonggonaus unermüdliches Engagement für Frieden und Freiheit hervor. (*E-Informationsbrief Nr. 183, 13.10.06, des West Papua Netzwerks; Nachrichten aus Australien*)

## Viele noch immer obdachlos

**Aceh:** Die internationale Hilfsorganisation Oxfam in London warnte davor, dass noch immer über 25.000 Menschen in Indonesiens Provinz Aceh in der Folge des Tsunamis 2004 ohne Land seien. Damals wurden in Aceh über 130.000 Menschen getötet und mehr als 500.000 verloren ihr Zuhause. Zwar seien enorme Fortschritte gemacht worden, aber vor allem

Landpächter, Frauen und Kinder seien noch immer in Notunterkünften untergebracht, teilweise unter schlimmen hygienischen Bedingungen. Gerade in der kommenden Regenzeit ist die Gefahr von ansteckenden Krankheiten sehr hoch. 15 % des Ackerlandes wurden damals im Westen Acehs vernichtet. Problematisch ist vor allem die Tatsache, dass viele Landtitel zerstört wurden, während viele Menschen ihre Identifikationsdokumente verloren haben und es damit sehr schwer ist, die eigenen Ansprüche auf Land gelten zu machen. Beim Wiederaufbau der Häuser könnte es zu Problemen führen, wenn nicht eindeutig ist, wem das Land gehört, so die Leiterin von Oxfam, Barbara Stocking. Mitte November bereiste der ehemalige US-Präsident Bill Clinton die vom Tsunami betroffenen Gebiete in Aceh, Indien und Thailand. Er äußerte Bedenken über den langsamen Prozess der Errichtung von permanenten Behausungen. Nur ein Drittel der Betroffenen hätte bislang wieder ein festes Dach über dem Kopf. (*BBC News 7.12.06; Botschaften aus Aceh Nr. 6/2006 vom 9.12.06*)

## Vorbereitung auf Wahlen

**Aceh:** Am 11. Dezember werden in Aceh die ersten demokratischen Wahlen für das Gouverneurs- und Vize-Gouverneurs-Amt stattfinden. Die Wahlen sind Teil des Friedensabkommens von Helsinki, das zwischen der indonesischen Zentralregierung und der separatistischen Befreiungsbewegung „Freies Aceh“ (*Gerakan Aceh Merdeka = GAM*) im August 2005 geschlossen wurde. Vor dreißig Jahren hatte die GAM ihren Kampf für einen unabhängigen Staat von Indonesien begonnen, bei dem etwa 15.000 Menschen ums Leben kamen. Teil des Friedensabkommens war auch die Bedingung, dass die GAM ihre Waf-

fen niederlegt und das Streben nach Unabhängigkeit fallen lässt. Nun ist es erstmals gestattet, bei den Wahlen unabhängige Kandidaten zuzulassen. Zuvor wurden der Gouverneur und sein Vertreter immer von der Zentralregierung in Jakarta eingesetzt. Daneben werden 15 Landräte und 4 Oberbürgermeister gewählt.

Wahlbeobachter aus mehreren Ländern sind in Aceh eingetroffen. Über 80 kommen aus der Europäischen Union. Die unparteiische Mission soll die Wahlen innerhalb von 48 Stunden bewerten und nach einem Monat einen finalen Bericht veröffentlichen. Außerdem nehmen mehrere internationale Institutionen und ausländische Vertretungen an der Wahlbeobachtung teil. Großes Engagement zeigen lokale Nichtregierungsorganisationen mit mehreren tausend Freiwilligen.

Um die Sicherheit und den friedlichen Ablauf der Wahlen zu garantieren, wurden zusätzlich 2.433 indonesische Polizisten und 2.000 indonesische Soldaten in Aceh stationiert. Laut offiziellen Angaben würden diese aber nach Beendigung des Wahlprozesses wieder abgezogen. Die Zahl der indonesischen Polizisten in Aceh wurde mit dem Friedensabkommen von Helsinki auf 9.100 festgelegt.

Offizielle Angaben bestätigen über 2,6 Mio. Wahlberechtigte bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 4 Mio. Problematisch ist es jedoch für die Acehnesen, die sich außerhalb des Landes aufhalten. Es wurden keine Vorkehrungen getroffen, um ihnen im Ausland den Wahlgang zu ermöglichen. Die Wahlen sind nur für Bürger mit festem Wohnsitz in Aceh gedacht. Man geht von 50.000 Acehnesen aus, die aufgrund des politischen Konflikts aus Aceh flüchteten und nun nicht wahlberechtigt sein werden.

Auch sollen nur 10 % der ehemaligen GAM-Kämpfer registriert worden sein. Es scheint also, als ob es aufgrund der Unzulänglichkeiten bei der Registrierung zu Problemen bei der Wahl kommen kann.

Am 15. Dezember endet das Mandat der internationalen AMM (Aceh Monitoring Mission). Egal wie die Wahlen ausgehen werden, müssen sich die Acehenesen dann selbst um die Sicherheit im Land kümmern. (Jakarta Post 11.12.06; Bot-schaften aus Aceh Nr. 6/2006 vom 9.12.06)

## TIMOR-LESTE

### **Erneut Tote bei Unruhen**

In Timor-Leste (Osttimor) starben im Oktober während einer Woche erneut sechs Menschen bei Schusswechseln. Rivalisierende Banden lieferten sich gewalttätige Auseinandersetzungen. Mehrere Menschen wurden verletzt und der Flughafen zeitweilig geschlossen. Die Unruhen begannen, nachdem ein UN-Bericht über die Unruhen, die im April in Osttimor ausgebrochen waren, veröffentlicht wurde. Damals starben über 30 Menschen und mehr als 100.000 flüchteten aus der Hauptstadt Dili. Der Hauptschuldige für die Unruhen soll der ehemalige Premierminister Mari Alkatiri sein, der im Juni unter nationalem und internationalem Druck zurücktreten musste, so der Bericht. Sein Nachfolger ist José Ramos Horta, der sich zum Zeitpunkt der Ausschreitungen im Oktober auf einer Audienz beim Papst in Rom befand.

Im Bericht wird Alkatiri beschuldigt, die Verteilung von Waffen an eine zivile Truppe veranlasst zu haben, um seine politischen Feinde zu töten.

Diese Anschuldigung wurde heftig von Alkatiri dementiert. Der Bericht kommt jedoch zu dem Schluss, dass es glaubhafte Informationen gäbe, dass in derartige Waffentransfers Regierungsmitglieder verwickelt sein sollen. Zwar kann Alkatiri die Verwicklung nicht direkt bewiesen werden, aber er hätte als Premierminister mit seiner ganzen Autorität einen solchen Waffentransfer verurteilen müssen. Weitere Untersuchungen wurden angekündigt.

Die Unruhen im April waren ausgebrochen, nachdem Alkatiri die Entscheidung fällte, knapp 600 Soldaten der 1.400 Mann Armee zu entlassen. Seitdem befinden sich internationale UN-Friedenstruppen in Osttimor, um die Sicherheit und Ordnung zu garantieren. Der Sprecher der UN-Truppen, Adrian Edwards, erklärte, dass er die Situation nicht als Eskalation bezeichnen würde. Kämpfe zwischen Jugendbanden sind in Osttimor nichts Ungewöhnliches. (BBC News 17.10.06, 25.10.06, 27.10.06; The Independent 25.10.06; Radio Australia – Asia Pacific 17.10.06, 31.10.06)

## BERICHTE AUS DEN INSELSTAATEN

### MELANESIEN

#### **Putsch in Fidschi**

**Fidschi:** Am 5. Dezember erklärte das Militär in Fidschi die im Mai demokratisch gewählte Regierung für abgesetzt und rief den Notstand aus. Der Militärkommandant Frank (Voreqe) Bainimarama ernannte sich zum Übergangspräsidenten des Landes, bis eine neue Regierung bestimmt wird. Zudem berief er den früheren Präsidenten der Fiji Medical Association, Dr. Jona Senilagakali, zum vorübergehenden Pre-

mierminister, um den von ihm als abgesetzt erklärten Premier Laisenia Qarase zu ersetzen. In Fidschi fand damit der vierte Putsch innerhalb von zwei Dekaden statt.

Bereits in den Monaten zuvor hatte sich die innenpolitische Lage in Fidschi zugespitzt. Der fidschianische Militärkommandant Bainimarama beschuldigte Qarase, die Hintermänner des Putsches von 2000 zu decken und eine korrupte Regierungsführung zu betreiben. Bainimarama kritisierte die Regierung kontinuierlich. Er verlangte von der Regierung, mehrere Gesetzesvorlagen zu verwerfen, u.a. die „Reconciliation Bill“, die den Putschisten von 2000 Amnestie gewähren soll, und die „Qoliqoli Bill“, die Fidschianer im Gegensatz zu anderen Bevölkerungsgruppen (Indo-Fijianern = Fidschianer indischer Abstammung; die nur noch etwa 38 % der Bevölkerung ausmachen, Tendenz weiter sinkend, Chinesen, andere Pazifikinsulaner) bei See- und Fischereirechten bevorzugen soll.

Aufgrund seiner permanenten Kritik und der Androhung eines Putsches, wurde von Seiten der Regierung und des Polizeichefs Andrew Hughes, einem Australier, überlegt, Bainimarama wegen Volksverhetzung anzuklagen. Dies wiederum empörte den Kommandanten zusätzlich und er forderte die Entlassung von Hughes und die Unterbindung weiterer Untersuchungen in der Anklage der Volksverhetzung sowie eine allgemeine „Sanierung“ der Regierung, in der noch immer Menschen säßen, die in Zusammenhang mit dem Putsch von 2000 ständen. Damals hatte Bainimarama sich für die Wiederherstellung von Recht und Ordnung nach dem Chaos, das der Putsch auslöste, eingesetzt und entging knapp einem Anschlag auf sein Leben. Daher könnte hinter der kritischen Haltung des Armeechefs auch ein persönlicher Hintergrund mitschwingen.

Falls Qarase nicht freiwillig gehe, so hatte der Armeechef angedroht, werde er ihn mit Gewalt aus dem Amt treiben. Ironischerweise hatte Bainimarama nach dem Putsch 2000 dafür gesorgt, dass Qarase das Amt des Premierministers übernehmen konnte. Qarase hatte vor zwei Monaten den Präsidenten Iloilo gebeten, Bainimarama als Commander zu entlassen. Iloilo hatte sich jedoch geweigert.

Als ein Treffen von Qarase und Bainimarama – das erste seit Februar – Ende November in Wellington unter Vermittlung von Neuseelands Außenminister Winston Peters ohne Erfolg blieb, drohte Bainimarama der Regierung mit einem Putsch, würden seine Forderungen nicht bis Freitag, 1. Dezember, 12:00 Uhr erfüllt werden. Qarase hatte bereits zuvor erklärt, er werde die Gesetzesvorlagen nochmals prüfen und auch über die Nichtverlängerung von Hughes Vertrag könne nachgedacht werden. Freitagmittag wurde das Ultimatum jedoch von Bainimarama bis Montag verlängert, da er sich zu diesem Zeitpunkt gerade bei einem Rugbyspiel seiner Armeemannschaft gegen eine Polizeiauswahl im Fiji Post Stadium in der Hauptstadt Suva aufhielt und vor Beendigung des Spiels keine Aussage machen könne, so der Armeechef.

Am darauf folgenden Montag marschierte die Armee in Suva ein, errichtete Straßensperren und entwaffnete die Polizei, um sicher zu gehen, dass die Polizeiwaffen nicht gegen das Militär gerichtet werden. Qarase wurde mit anderen Ministern in seinem Haus in Suva unter Hausarrest gestellt, sein Dienstwagen beschlagnahmt und einen Tag später wurde Qarase mit seiner Familie auf die Insel Vanua Balavu, nordöstlich von Fidschis Hauptinsel Viti Levu geflogen. Das Parlament wurde geschlossen und

Parlamentarier bzw. diejenigen, die sich gegen die Vorgehensweise des Militärs stellten, in die Kasernen gebracht. Durchsuchungen von ministerialen Büros und Verhaftungen setzten sich in den nächsten Tagen fort. Am 5. Dezember wurde zudem Fiji Times Limited vom Militär angehalten, keine weitere „Propaganda“ gegen die neue politische Führung zu verbreiten. Da sich Fidschis größte Tageszeitung jedoch nicht die Meinungsfreiheit verbieten ließ, stellte der Geschäftsführer die Zeitung von sich aus ein und auch die Räume des Senders wurden geschlossen. Erst zwei Tage später räumte das Militär ein, dass es ein Missverständnis gegeben habe und die Zeitungen, Radio- und TV-Sender ohne Einschränkungen ihre Arbeit wieder aufnehmen könnten.

Bainimarama setzte nicht nur den 77-jährigen Dr. Jona Senilagakali (ohne politische Erfahrung) als Übergangspremier ein, sondern nahm auch weitere Umbesetzungen vor. Fidschis Präsident Ratu Josefa Iloilo hatte zuvor die Order herausgegeben, das Parlament aufzulösen, was sowohl im Land als auch international zu Irritationen führte. Die Parlamentsmitglieder wurden dazu angehalten, innerhalb eines Monats ihren Arbeitsplatz zu räumen. Zudem wurde der Vizepräsident von Fidschi, Ratu Joni Madraiwiwi aus seinem Büro verbannt und dazu gezwungen, seine offizielle Residenz zu verlassen, was auf großen Unmut auf Seiten des Great Council of Chiefs (GCC) führte, das für die Ernennung des Präsidenten bzw. seines Stellvertreters zuständig ist. Die eigenmächtige Handlung Bainimaramas sei illegal, nicht verfassungskonform und überaus respektlos, so Ratu Ovini Bokini, Vorsitzender des GCC, und rief die Soldaten dazu auf, die Kasernen zu verlassen und die

Gesetze und konstitutionellen Rechte einer demokratisch gewählten Regierung zu schützen. Des Weiteren entließ Bainimarama den Polizeichef Andrew Hughes sowie seine Stellvertreter Moses Driver und Keveuli Bulamainivalu. Als neuer Polizeichef wurde Oberstleutnant Jim Koroi ernannt. Weiterhin mussten Stuart Huggett (Vorsitzender der Public Service Commission), Anare Jale (Geschäftsführer der Public Service Commission), Jioji Kotobalavu (Geschäftsführer des Büros des Premierministers) und Generalanwalt Nainendra Nand ihre Posten räumen. Grund sei laut Bainimarama die fehlende Kooperationsbereitschaft mit dem Militär gewesen.

Auf internationaler Ebene verurteilten viele Staaten die Vorgehensweise des Militärs. Neuseelands Premierministerin Helen Clark zeigte sich empört und merkte an, dass ein Putsch nicht der Weg ist, um einen Regierungswechsel herbeizuführen. Der Putsch würde das Land „lächerlich“ machen und setzte Bainimarama mit George Speight auf eine Stufe, der als Frontmann beim Putsch 2000 agierte. Bereits im Vorfeld hatte Clark mit massiven Sanktionen gegen den Inselstaat gedroht, die nun realisiert wurden. Neue Entwicklungshilfegelder würden eingefroren und über die momentanen Fonds werde nachgedacht. Die Übergangsregierung in Fidschi werde nicht anerkannt und damit gebe es keinen diplomatischen Kontakt. Alle fidschianischen Militärangehörigen, die sich momentan in Neuseeland aufhalten, müssen mit ihren Familien das Land verlassen. Ebenso sollen alle Bürger Fidschis von dem neuen Arbeitsmodell, das Pazifik-Insulanern eine zeitweilige Arbeitserlaubnis in Neuseeland einräumt, ausgeschlossen werden und jegliche sportlichen Kontakte zwischen Neuseeland und Fidschi unterbunden werden. Ähnliche Sanktionen wur-

den von Australien eingeräumt, darunter auch der Abbruch der Verteidigungskooperation und das Einreiseverbot für fidschianische Militärs und deren Familienangehörige. Australien hatte zu Beginn der Spannungen in Fidschi Kriegsschiffe vor der Küste Fidschis stationiert, mit der Begründung, im Falle eines Putsches australische Staatsangehörige so schnell wie möglich evakuieren zu können. Jedoch wolle man nicht intern militärisch eingreifen, so Premier Howard. Auch Großbritannien unterband alle Verteidigungsverbindungen und die USA entschlossen sich dazu, etwa 1,8 Mio. € Finanzhilfe zu streichen. Andere pazifische Länder drückten ihr großes Bedauern über die Verhältnisse in Fidschi aus, wie beispielsweise Sir Michael Somare, Premierminister von Papua-Neuguinea. Auch der samoanische Premier, Tuilaepa Sailele Malielegaoi, erklärte, dass sein Land keine neue Regierung Fidschis anerkennen werde, und hielt alle samoanischen Studenten in Fidschi dazu an, das Land so bald wie möglich zu verlassen. UN-Generalsekretär Kofi Annan gab bekannt, dass die Militärregierung von den Vereinten Nationen nicht anerkannt werde und als erste Konsequenz Fidschi aus allen Missionen der Friedenstruppen herausgenommen werde. Fidschi beteiligt sich momentan an den Einsätzen im Sinai, Irak und auf den Salomonen. Die Außenminister von neun Mitgliedsstaaten des Commonwealth, darunter auch Papua-Neuguinea, trafen sich Ende letzter Woche in London und beschlossen, Fidschi als Mitglied des Commonwealth zu suspendieren.

Viele Länder, darunter auch Deutschland, haben eine Reisewarnung für Fidschi herausgegeben. Dies hatte bereits in den letzten Wochen für Fidschi gravierende Folgen, ist das Land mit seinen etwa 900.000 Einwohnern von den bis zu

400.000 Touristen, die im Jahr Fidschi besuchen, abhängig. Wie Quellen aus Fidschi berichten, mussten dort bereits einige Resorts aus Mangel an Besuchern schließen, wo doch gerade jetzt, um Weihnachten, Hochsaison ist. Sehr viele Menschen in Fidschi leben vom Tourismus und sehen sich nun mit einer ungewissen Zukunft – nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch – konfrontiert. Mehrere Nichtregierungsorganisationen in Fidschi beklagten, dass die Sanktionen Neuseelands und Australiens insbesondere die arme und marginalisierte Bevölkerung treffen. Besonders eklatant ist zudem die Tatsache, dass Emperor Mines Limited die Arbeiten der Vatukoula Gold Mine (im nördlichen Teil von Viti Levu) am 4. Dezember einstellte (das Unternehmen ist auch zu 20 % an der Progera Mine und zu 100 % an der Tolukuma Goldmine in Papua-Neuguinea beteiligt). Nach einer umfassenden dreimonatigen Überprüfung sei man zu dem Schluss gekommen, dass die Mine nicht rentabel arbeite. Die momentane politische Situation im Lande sei kein Grund für den Entschluss. Damit stehen nun 1.700 Menschen ohne Job da und das Land erleidet einen weiteren ökonomischen Rückschlag.

Der interimistisch eingesetzte Premierminister Senilagakali gab zwar zu, dass der Putsch „illegal“ gewesen sei, verteidigte diesen jedoch, indem er drauf hinwies, dass dies besser sei, als eine korrupte Regierung aufrechtzuerhalten. Weiter erklärte er, dass Fidschi eine andere Art von Demokratie benötige, die sich von dem Typ Demokratie unterscheide, wie er in Australien und Neuseeland bestünde. „Demokratie darf nicht verwendet werden, um Korruption zu decken“ bestätigte Bainimarama. Senilagakali wies die Öffentlichkeit auch darauf hin, dass Neuwahlen vielleicht

erst in zwei Jahren abgehalten würden. Momentan lädt Bainimarama Menschen ein, sich für einen Regierungsposten zu bewerben. Der frühere Premierminister Mahendra Chaudry, der bei dem Putsch 2000 abgesetzt wurde, hielt alle Mitglieder seiner Labour Party dazu an, sich nicht an der Übergangsregierung zu beteiligen.

Bainimarama spürt von vielen Seiten starken Gegenwind, so dass es scheint, dass nur er und einige Militärs den Putsch befürworten, nicht aber das Volk und die internationale Staatengemeinschaft, die bereits im Vorfeld von ihm gewarnt wurde, sich nicht in die innenpolitischen Angelegenheiten Fidschis einzumischen. Die Zivilgesellschaft, darunter auch die Kirchen, zeigt kein Verständnis für das Vorgehen des Militärs. Die Zivilgesellschaft und viele Nichtregierungsorganisation unterstützten die Forderung Bainimaramas, die umstrittenen Gesetzesvorlagen, vor allem die Amnestie der Putschisten von 2000, zurückzunehmen. Eine Amnestie, so die Nichtregierungsorganisationen, stelle einen Freibrief für künftige Putschisten aus, da schon die Putschisten von 1987 amnestiert wurden. Ein Putsch würde damit im Nachhinein legitimiert werden. Auch wurde die Qarase Regierung von der Zivilgesellschaft für ihre zunehmenden ethno-nationalistischen Strömungen kritisiert, die ethnische Konflikte schürte. Doch ist ein Putsch in den Augen der Zivilgesellschaft eine inakzeptable Methode der Machtübernahme. Denn, genauso wie eine Amnestie der Putschisten von 2000 es getan hätte, so gefährdet auch der vierte Putsch in 20 Jahren Fidschi, in einen sogenannten „coup-cycle“ zu rutschen, in dem gewaltsame Machtübernahmen immer mehr als „normale“ Mittel der Machtwechsel gesehen und demokratische Prozesse verdrängt werden.

Fidschis Council of Churches beschrieb den Putsch als „Manifestation der Dunkelheit und des Bösen in der Gesellschaft“ und sicherte Qarase die Unterstützung der Kirchen zu. Manche Stimmen beklagen aber auch die Haltung der Staaten, die Reisewarnungen für Fidschi herausgegeben haben, denn schließlich wäre der Putsch unblutig verlaufen und spielte sich in erster Linie in der Hauptstadt Suva ab und nicht im touristischen Westen der Insel, im Gebiet von Nadi. Eine gewisse Desillusion ist aus Fidschi zu vernehmen, denn es scheint so, als ob Regierungswechsel in Fidschi nicht an der Wahlurne entschieden werden, sondern durch ein gewaltsames Eingreifen. Tragisch ist bei der Sache auch, dass Bainimarama letztendlich seine Sympathien bei vielen Fidschianern verspielt haben könnte. Viele teilen seine Idee von einem multiethnischen Fidschi, in dem alle gleiche Rechte haben, egal ob sie Fidschianer oder Indo-Fidschianer sind. Während die Putsche von 1987 und 2000 mit einer starken Politisierung von Ethnizität einhergingen und die Putschisten ihre Taten mit der Notwendigkeit des Schutzes der indigenen fidschianischen Interessen versus denen anderer Bevölkerungsgruppen, vor allem der Indo-Fidschianer, legitimierten, richtet sich dieser Putsch zumindest rhetorisch zunächst gegen ethnonationalistische Interessen. Während viele Sachverständige bereits bei den vorherigen Putschs betont hatten, dass Ethnizität nur ein vorgeschobener Grund sei, und es tatsächlich um innerfidschianische Auseinandersetzungen gehe, ist diesmal der intrafidschianische Aspekt des Konfliktes offensichtlich.

Bainimarama setzte sich für mehr Gleichberechtigung ein, wobei er dieses Ziel gerade verfehlt hat, leiden doch momentan die ohnehin schon be-

nachteiligten Menschen insbesondere unter dem wirtschaftlichen Desaster in Fidschi. Dabei muss jedoch auch gesagt werden, dass Bainimarama keinesfalls beim letzten Putsch 2000 rein demokratisch gehandelt hatte. Er setzte damals zwar eine neue Übergangsregierung ein, jedoch nicht wieder die gewählte Regierung und bestätigte auch nicht den Präsidenten und die Verfassung, wie von den Nichtregierungsorganisationen gefordert. Vielmehr setzte er eine vorwiegend fidschianische Regierung unter Qarase ein.

Unklar ist momentan noch, welche Veranlassung es genau zu der Durchführung des Putsches gab. Einige Politiker Fidschis vermuten „Schattengestalten“, die im Hintergrund die Fäden ziehen, wie dies auch beim Putsch 2000 der Fall war. Es wird wohl noch einige Zeit dauern, um dies zu klären. *(mehrere Artikel im Zeitraum von Ende November bis Anfang Dezember, Quellen: Fiji Times, Fijilive, BBC News, RNZI, Post Courier, Radio Australia – Pacific Beat und Asia Pacific, private Quellen in Fidschi und Deutschland)*

### **Neue Übereinkunft zu RAMSI**

**Salomonen:** Während des Treffens des Pacific Islands Forum (PIF) in Fidschi im Oktober kamen die Mitglieder des PIF überein, dass die Regional Assistance Mission to the Solomon Islands (RAMSI) neu überdacht werden müsse. RAMSI ist seit 2003 auf Einladung der salomonischen Regierung im Land, um die Sicherheitskräfte vor Ort bei der Etablierung von Recht und Ordnung zu unterstützen. Die Mitglieder des PIF reagierten auf einen Fünf-Punkte-Plan, der vom salomonischen Premierminister Manasseh Sogavare eingereicht wurde. Dieser steht der Regierung in Canberra seit geraumer Zeit kritisch gegenüber und drohte bereits damit, RAMSI aus dem Land zu ver-

bannen. Die diplomatischen Beziehungen sind seit einiger Zeit zwischen Honiara und Canberra insbesondere durch die Verwicklungen in der „Moti-Affäre“ (siehe Artikel S. 1) angespannt. Einen Tag vor Eröffnung des Treffens des PIF in Fidschi durchsuchten australische RAMSI Sicherheitskräfte das Büro Sogavares während dessen Abwesenheit, um Beweise für Motis Anklage des Kindesmissbrauchs sicherzustellen. Die Handlung wurde von den Mitgliedern der Melanesian Spearhead Group (Papua-Neuguinea, Fidschi, Salomonen und Vanuatu) scharf verurteilt, denn die Aktion habe massiv die territoriale Souveränität der Salomonen verletzt.

Der Plan beinhaltet u.a. die Sanierung des regionalen Charakters von RAMSI, die Errichtung eines ministerialen Forum Teams zur Beobachtung der RAMSI Aktivitäten, eine unabhängige Überprüfung von RAMSI und eine klare Trennung von RAMSI und Australien. Im Moment stellt Australien ca. 90 % der Gelder und etwa ähnlich viel Personal, inklusive des Leiters der Mission. Sogavare will den Einfluss Australiens reduzieren und eine größere Repräsentation anderer Pazifik-Nationen. Neuseelands Premierministerin Helen Clark zeigte sich zufrieden mit der Zustimmung der anderen Pazifik-Staaten, sei das Forum doch dazu da, um zu überdenken, was für die Region von Nutzen sei. Die PIF-Mitglieder zeigten sich anerkennend für die Leistungen, die RAMSI bislang in den Salomonen erbracht habe, wie beispielsweise die Wiederherstellung von Sicherheit und Regierungsstrukturen sowie die Erholung der Wirtschaft. Australien soll auch weiterhin die Leitung der Mission innehaben. Anfang November trat der neue Leiter von RAMSI, der australische Diplomat Tim George, offiziell seinen Dienst auf den Salomonen

an. Er ersetzt James Batley, der die Mission die letzten zwei Jahre koordinierte. (RNZI 23.10.06; BBC News 20.10.06; Port Villa Presse 24.10.06; Radio Australia – Pacific Beat 25.10.06, 10.11.06; Post Courier 26.10.06)

### **Neue HIV/AIDS Fälle auf den Salomonen**

**Salomonen:** Das Solomon Islands National AIDS Council erklärte Ende November, dass es zwei neue Fälle HIV-Positiver im Land gäbe. Bisher wurden acht Fälle registriert, doch das Gremium geht von einer durchschnittlichen inoffiziellen Zahl von 150 Fällen aus. Die Menschen sollten jedoch aufgrund der geringen Zahl von Ansteckungen nicht leichtsinnig werden. Daher wurde vom National AIDS Council ein flächendeckender Ansatz vorgestellt, um die Gefahr der Ansteckungen zu reduzieren.

1994 wurde der erste Fall in dem melanesischen Inselstaat, der heute von 552.000 Menschen bewohnt wird, dokumentiert. Erst 2004 wurden fünf weitere Fälle gemeldet. Bislang sind drei Menschen an AIDS gestorben. (Solomon Star 28.11.06; Radio Australia – Pacific Beat 30.11.06; CIA World Factbook)

## **MIKRONESIEN**

### **Verbreitung von HIV/AIDS und Tuberkulose durch Mobilität gefördert**

**Marshall-Inseln:** 13 neue Fälle von HIV/AIDS während der letzten 20 Jahre, dabei drei Todesfälle und drei Neuinfizierte lassen die Regierung der Marshall-Inseln aufhorchen. Zu wenig sei für die Aufklärung getan worden, so Dr. Kennar Briand, Direktor der Gesundheitsbehörde, der sich besorgt darüber zeigte, dass die Marshall-Inseln eine neue Phase der HIV-Infektionen erleben könnte.

Bislang seien die bekannten Fälle zwar nur Menschen, die außerhalb des Inselstaates gelebt hätten und zurückkehrten oder in die Marshalls umgezogen wären, aber auch die permanenten Bewohner würden sich immer häufiger mit Geschlechtskrankheiten infizieren und somit könnte sich auch eine HIV/AIDS-Epidemie unter den 58.000 Bewohnern des Staates schnell ausbreiten.

Die ansteigende Zahl von Tuberkulose sei ebenso ein Problem, so lässt das Gesundheitsministerium verlauten. Es mangle an ausgebildeten Arbeitern und Beratungsdiensten. Im Falle von HIV/AIDS bestünden gesellschaftliche Stigmatisierungen, was geändert werden müsse. Problematisch sei vor allem die hohe Mobilität der Marshalliesen, die aufgrund von Ausbildung und besserer Arbeitsmöglichkeiten zu Reisen nach Übersee neigen würden, wo sie sich aufgrund der unzulänglichen Aufgeklärtheit leicht anstecken könnten. (Yokwe 30.10.06, RNZI 2.11.06)

### **Betelnuss verursacht Krebs**

**Nördliche Marianen (CNMI):** Gesundheitsexperten in den Marianen bestätigen, dass durch den Konsum von Betelnüssen Krebs im Mundbereich ausgelöst werden kann. Zwischen 1993 und 2005 wurde die Krankheit bei 64 Patienten diagnostiziert. Die Zahl ist vier Mal höher als die in den USA, und das bei einer wesentlich geringeren Einwohnerzahl. Diese Art von Krebs stehe an vierter Stelle der Krebserkrankungen im Land, so Dr. Robin Shearer, medizinischer Direktor der Gesundheitsbehörde. Zusammen mit Alkohol und Tabak werde die Gefahr, durch das Kauen von Betelnuss an Krebs zu erkranken, noch verstärkt.

Betelnuss ist die Frucht der Betelpalme (*Areca catechu*). Das Kauen der Nuss erzeugt eine berauschende Wirkung und ist besonders in asiatischen und pazifischen Ländern beliebt – hier besonders in Melanesien und Mikronesien. Typischerweise wird die Nuss zusammen mit gelöschtem Kalk und Betelblättern vom Betelpfeffer (*Piper betle*) gekaut. Der Saft der Betelnuss ist rot und fördert den Speichelfluss. Der gelöschte Kalk bewirkt, dass sich das in den Nüssen befindliche *Arecolin* in das leicht euphorisierende *Arecaidin* umwandelt, greift aber auch das Zahnfleisch an.

Der Konsum der Betelnuss ist in den letzten Jahren auf den Marianen deutlich angestiegen. Besonders die Zahl der konsumierenden Teenager würde ansteigen, so staatliche Quellen. Zwar würde der Krebs nicht unbedingt bei Jugendlichen auftreten, aber die Konsumenten erkrankten im Erwachsenenalter immer häufiger. Zudem mache Betelnusskauen abhängig. Gemäß einer Studie der International Agency for Research on Cancer ist Betelnuss ein krebserregender Stoff und in manchen asiatischen Ländern, wo viel Betelnuss gekaut wird, wie beispielsweise in Taiwan, ist das Risiko der Betelkauer, an Krebs im Mundbereich zu erkranken, 28 Mal höher als das von Nichtkonsumenten.

In den Nördlichen Marianen ist Krebs die zweithäufigste Todesursache. Auch die Zahl der Patientinnen mit Gebärmutterhalskrebs ist drei bis viermal höher als in den USA, so Shearer weiter. Aufklärungsarbeit und Früherkennung sind wichtige Punkte im Kampf gegen den Krebs.

Die Wirtschaft des Landes erfreut sich jedoch am steigenden Konsum, werden die Betelpalmen von den Produzenten

auch als „money-making trees“ angesehen. 4,8 Mio. Betelnüsse werden jährlich auf den Nördlichen Marianen produziert und konsumiert. 2.000 Betelpalmen können einen Ertrag von 50.000 bis 60.000 US-\$ (ca. 38.000 bis 45.000 €) abwerfen. (*Marianas Variety* 19.10.06; *Radio Australia – Pacific Beat* 18.10.06; *Wikipedia*)

### **Neues Atom-U-Boot für Guam**

**Guam:** Im Juli oder August 2007 soll in Guam ein neues Atom-U-Boot stationiert werden. Die USS Buffalo ersetzt die USS San Francisco, die im letzten Sommer aus Guam abgezogen wurde. Die USS San Francisco wurde im Januar schwer beschädigt, als das Boot unter Wasser auf einen Felsen auflief. Dabei kam ein Soldat ums Leben und Dutzende wurden schwer verletzt. Die USS Buffalo ist bestens ausgerüstet, um mit hoch entwickelten Waffen wie Torpedos und Tomahawks (Marschflugkörper, in erster Linie zur Bekämpfung gegnerischer Landziele) bestückt zu werden und hat einen Hochleistungsnuklearreaktor für fast unbegrenzte Unterwasserfahrt mit hoher Geschwindigkeit. Die Mannschaft des Bootes gehört zur Elite der US-Marine.

Guam ist die größte und südlichste Insel des Marianen-Archipels und ein externes Territorium der USA mit innerer Autonomie. Die Einwohner sind zwar US-Bürger, dürfen den Präsidenten der USA jedoch nicht wählen. Rund ein Drittel der Insel wird von Einrichtungen der US-Marine und Luftwaffe eingenommen, da die Insel für die USA von hoher strategischer Bedeutung im asiatisch-pazifischen Raum ist. Der ganze Westpazifik sei nun ein sehr bedeutender Platz, so der Kommandant der USS Buffalo, mit Japan, China, Nord- und

Südkorea, sowie den Philippinen. Dieses Gebiet sei momentan die Schlüsselregion der Welt. Es mache also Sinn, mehrere U-Boote in Guam zu stationieren, sodass die USA näher an diesen wichtigen geopolitischen Standpunkten vertreten sind, so der Kommandant weiter. (*Marianas Variety* 29.11.06; *Wikipedia*)

## **POLYNESIEN**

### **Schwere Unruhen in Tonga**

**Tonga:** Am 16. November brachen gegen 3.30 Uhr Ortszeit schwere Unruhen in Tongas Hauptstadt Nuku'alofa aus. Hunderte aufgebrachter Demonstranten zerstörten dabei rund vier Fünftel des Geschäftsviertels in der Innenstadt, zündeten Autos an und schlugen Fensterscheiben ein. Sieben Menschen starben. Die Proteste richteten sich gegen die Regierung, die bislang ihr Versprechen, demokratischere Verhältnisse im Land einzuführen, nicht nachgekommen ist. Vor allem Jugendliche sollen an den Protesten beteiligt gewesen sein. Es wird auch berichtet, dass sie betrunken gewesen sein sollen. Das Büro des Premierministers Dr. Fred Sevele, das Parlamentsgebäude und andere Regierungsgebäude wurden schwer beschädigt sowie mehrere Geschäfte, insbesondere diejenigen in chinesischer Hand oder Betriebe, an denen die Königsfamilie beteiligt ist. Insgesamt wurde ein Schaden in Millionenhöhe (etwa 46,5 Mio. €) angerichtet. Es wird mehrere Jahre dauern, bis sich Tonga von dieser Gewaltentladung erholt hat. Die Regierung unternimmt momentan verstärkte Anstrengungen, den Tourismussektor anzukurbeln. Premier Sevele erklärte, dass er nicht gedacht habe, dass einmal der Tag kommen werde, wo die Tonganer in der Art Be-

sitz von den Straßen ergreifen würden. Forderungen der Volksvertreter nach seinem Rücktritt wurden vom Geheimrat Tongas, dem u.a. auch der König und das Kabinett angehören, zurückgewiesen. Bislang wurden über 400 Verdächtige wegen Diebstahls, Brandstiftung und anderer Delikte im Zusammenhang mit den Ausschreitungen angeklagt.

Im sonst so beschaulichen Tonga mit seinen etwa 115.000 Einwohnern brodelte es bereits im vergangenen Jahr, als im Mai etwa ein Zehntel der Bevölkerung für mehr Demokratie und Eigentumsrechte auf die Straße ging, gefolgt von einem sechswöchigen Streik des Öffentlichen Dienstes bezüglich der Gehälter in Krankenhäusern und Schulen. Im September schließlich versprach der damals noch lebende König Tupou IV. mehr Demokratisierung. Aber auch in diesem Jahr, nach dem Amtsantritt seines unpopulären Sohnes George Tupou V., hat sich diesbezüglich nichts geändert. Die Tonganer beklagen die halbfeudalen Verhältnisse im Land, wo es keine allgemeinen Wahlen gibt. 10 der 14 Kabinettsposten werden vom König auf Lebenszeit ernannt. Von den vier verbleibenden Posten werden je zwei für gewählte Abgeordnete und zwei für adlige Mitglieder des Parlaments reserviert. Das Einkammerparlament hat 32 Sitze (14 Kabinettsmitglieder, 9 für Adlige, die von den Adligen des Landes bestimmt werden, die restlichen werden gewählt), das von Adligen und ernannten Parlamentsmitgliedern dominiert wird.

Am darauffolgenden Wochenende entsandten Australien und Neuseeland 150 Soldaten und Polizisten nach Tonga, um Gesetz und Ordnung wieder herzustellen. Tongas Polizeikommandant Sinilau Kolokihakaufisi erklärte, dass hinter den ge-

waltsamen Ausschreitungen nicht nur das Streben nach mehr Demokratie im Lande stecken könnte, sondern schlichtweg der Neid auf chinesische Unternehmer und das Ziel, diese aus der Stadt zu treiben. Durch die Notstandserklärung am 17. November sei die Aufklärungsarbeit der tonganischen Polizei und Verteidigungskräfte sehr erleichtert worden, so der Polizeikommandant weiter.

Ein Führer der Demokratiebewegung, Finau Tutone, beschuldigte Neuseeland und Australien im neuseeländischen Radio, dass sie mit ihrem Eingreifen das bestehende System im Lande unterstützten. Beide Staaten hätten lieber im Vorfeld mehr für die Unterstützung demokratischer Reformen tun sollen. Neuseelands Ministerpräsidentin Helen Clark wies diese Vorwürfe zurück. Aber auch aus Neuseeland ertönte Kritik bezüglich des Eingreifens neuseeländischer Truppen. Keith Locke, Abgeordneter der Grünen im neuseeländischen Parlament, riet seiner Regierung, lieber demokratische Strukturen zu unterstützen. Die Anwesenheit der neuseeländischen Truppen in Tonga könnten als Stärkung der Monarchie angesehen werden. Auch hätte die tonganische Regierung versagt, indem sie die Zeichen der Frustration der Tonganer nicht erkannt habe, so der tonganische prodemokratische Parlamentsabgeordnete Akilisi Pohiva. Auch er forderte den Abzug der ausländischen Truppen. Im Gegenzug beschuldigte die Nichte des Königs, Kololiana Naufahu, die Führer der prodemokratischen Bewegung im australischen Radio, es nicht auf einen gesellschaftlichen Wandel zum Wohle der Tonganer und des Landes abgesehen zu haben, sondern vielmehr auf ihre eigenen Vorteile und ihr Streben nach Macht. Quellen in Tonga berichteten, dass die jungen Männer, die die Innen-

stadt verwüsteten, von politischen Reformführern bezahlt und ermutigt worden seien. Diese hätten sich kurz nach Ausbruch der Krawalle im tonganischen Radio zu Wort gemeldet und versucht, die Unruhestifter zu beruhigen. Allerdings sei dies viel zu spät geschehen und nur deshalb, um sich dem Vorwurf der Rädelführerei zu entziehen. Auch Tonganer in Übersee äußerten ihren Unmut über die prodemokratische Bewegung, denn ein politischer Wechsel zu mehr Demokratie hätte auch langsam vollzogen werden können, ohne dass es zu diesem nun allgemein als „Black Thursday“ bezeichneten Tag hätte kommen müssen.

Der Sprecher des Premierministers erklärte am 21. November, dass ein Abkommen zum politischen Wandel nur noch vom Parlament abgezeichnet werden müsse. Darin sei vorgesehen, dass das Volk bei der nächsten Wahl 2008 (die Legislaturperiode in Tonga beträgt 3 Jahre) 21 Repräsentanten wählen dürfe, die Adligen neun. Die Größe des Parlaments werde auf 30 Sitze beschränkt. Die Krönung des neuen tonganischen Königs George Tupou V. wurde um ein Jahr nach hinten verschoben, auf den 1. August 2008, da sich die Regierung nun verstärkt mit dem Wiederaufbau von Nuku'alofa beschäftigen werde. Am 23. November schloss das Parlament formell. In diesem Jahr jedoch ohne eine spektakuläre Parade mit jubelnden Menschen. Bleibt abzuwarten, für welche Reformpläne sich die Regierung entscheiden wird. (BBC News 16.11.06, 17.11.06; CIA World Factbook; ABC 19.11.06; Fiji Times 19.11.06; Matangi Tonga 3 x 22.11.06, 5.12.06, 6.12.06, 7.12.06; RNZI 3 x 21.11.06, 30.11.06; Radio Australia – Pacific Beat 22.11.06; PIR 29.11.06; private Nachrichten aus Tonga)

## **Erneuter Umsturzversuch der Temaru-Regierung gescheitert**

**Französisch-Polynesien:** Mitte Oktober kam es in Papeete erneut zu einer politischen Krise, als oppositionelle Gewerkschaftler versuchten, die Regierung von Präsident Temaru zum Rücktritt zu zwingen. Am 12. Oktober errichteten Mitglieder der Gewerkschaft O Oe To Oe Rima, deren Vorsitzender Ronald Terorotua zuvor vergeblich zum Generalstreik aufgerufen hatte, zusammen mit Mitgliedern der im Januar aufgelösten ehemaligen Regierungsmiliz GIP unter der Führung des ehemaligen GIP-Kommandanten Léonard Puputauki, Straßensperren an den Ausfallstraßen der Stadt. Der Bewegung schlossen sich mehrere Busfahrer an, die mit ihren Bussen die Straßensperren verstärkten. Da die Blockierenden keine klaren Forderungen stellten, weigerte sich die Landesregierung, mit ihnen zu verhandeln. Temaru verließ daraufhin das Land, um in Fidschi am Treffen des Pacific Islands Forum teilzunehmen. Nachdem die Straßenblockaden außer zum Ärger der Bevölkerung zu nichts führten, drangen die Streikenden am 22. Oktober in das Gelände des Präsidentenpalasts, des Vizepräsidentenpalasts und der Landesversammlung ein und hielten die Regierungsgebäude besetzt. Temaru interpretierte dies als Putschversuch und rief von Suva aus das französische Hochkommissariat um Hilfe. In der Nacht vom 22. zum 23. Oktober griffen französische paramilitärische Polizeieinheiten auf Anordnung des Hochkommissariats schließlich ein und räumten unter Einsatz von Tränengas die Regierungsgebäude, wobei es zu Handgreiflichkeiten kam. Nach Temarus Rückkehr riefen die Streikführer zu einer Demonstration auf und forderten den Rücktritt von Präsident Temaru

und Hochkommissarin Anne Boquet. An der Demonstration nahmen jedoch nur etwa 200 Personen teil, womit deutlich wurde, dass die Bewegung über keinen nennenswerten Rückhalt in der Bevölkerung verfügte. Es wurde vielmehr vermutet, dass die Opposition unter Ex-Präsident Flosse hinter den Manövern steckte. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quelle: TPM; Tahitipresse)

### **Gesundheitsministerin tritt zurück**

**Französisch-Polynesien:** Pia Hiro, die Gesundheitsministerin der Landesregierung von Französisch-Polynesien, trat am 10. November zurück. Sie begründete ihren Schritt mit den ihrer Meinung nach falschen gesundheitspolitischen Richtlinien des Präsidenten Oscar Temaru, mit dem sie nicht länger konstruktiv zusammenarbeiten könne. Hiro, die aus Europa stammt und mit einem Tahitier verheiratet ist, war die einzige Nicht-Polynesierin in Oscar Temarus Kabinett. Während Hiro das derzeit existierende, an französischen Standards orientierte Gesundheitssystem des Landes aufrechterhalten wollte, plant Temaru, in Zukunft die Standards der pazifischen Inselstaaten anzuwenden. Tahitische Medizinstudenten könnten dann ihren Abschluss in wenigen Jahren in Suva an der USP (University of the South Pacific) machen, was bei weitem preiswerter als ein langjähriges Medizinstudium in Frankreich ist. Außerdem erwägt Temaru, die teuren französischen Ärzte im Lande durch preiswertere aus China zu ersetzen. Hiro dagegen befürchtet eine Verschlechterung der Qualität der medizinischen Versorgung des Landes, sollten die französischen Standards nicht mehr angewendet werden. Zu Hiros Nachfolgerin ernannte Temaru den tahitischen Arzt Dr. Charles Tetaria. Tetaria

versprach, sich vor allem um die Verbesserung der bislang recht mäßigen medizinischen Versorgung der äußeren Inseln zu bemühen. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quelle: Tahitipresse)

### **Pan-polynesisches Kulturfestival zum neuen Lokalfeiertag**

**Französisch-Polynesien:** Am 20. November fand in Tahiti zum zweiten Mal die offizielle Feier zum neuen Lokalfeiertag Matarii i Nia statt. Das Aufsteigen der Pleiaden (Matarii i Nia) war in der alten tahitischen Kultur der Jahreswendefeiertag und markierte den Beginn der fruchtbaren Jahreszeit. Die Regierung von Präsident Temaru hatte diesen Tag zum neuen Landesfeiertag erklärt, anstelle des unter Temarus Vorgänger Flosse gefeierten 29. Juni, dem Tag der Annexion des tahitischen Königreichs durch Frankreich im Jahre 1880. Während der 29. Juni politisch kontrovers war, ist der 20. November als ein rein kulturelles Ereignis konzipiert, in dem die Identität und Spiritualität der Polynesier gefeiert werden soll. Dieses Jahr wurde der 20. November zu einem großen pan-polynesischem Kulturfestival, an dem neben Einheimischen auch mehrere kulturelle Gruppen aus Aotearoa/Neuseeland, Tonga, Samoa, Tokelau, Hawai'i und Rapa Nui (Osterinsel) teilnahmen. Das Festival wurde mit einer Kava-Zeremonie sowie einer Zeremonie der traditionellen religiösen Organisation Te Hivareata unter Leitung des Tahua (traditionellen Priesters) Sunny Moanaura Walker eröffnet. Die Feierlichkeiten stehen im Zeichen der neuen Kulturpolitik der Temaru-Regierung, die auf eine Reintegration des Landes in den restlichen Pazifik abzielt. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quelle: PIR; Tahitipresse)

## HAWAI'I

### **Erdbeben beschädigt historische Gebäude und führt zu Stromausfall**

Ein schweres Erdbeben erschütterte am 15. Oktober die Insel Hawai'i. Mit einer Stärke von 6,6 auf der Richterskala war es das heftigste Beben in Hawai'i seit über 20 Jahren. Das Epizentrum lag vor der Küste des Distrikts Kohala in Nordosten der vulkanisch aktiven Großen Insel Hawai'i, aber heftige Erschütterungen konnten auf allen Inseln des Archipels wahrgenommen werden. Auf der über 200 km entfernten Insel O'ahu wurde ein Generator beschädigt, woraufhin das Stromnetz zusammenbrach und der Strom für einen ganzen Tag ausfiel. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden, aber auf der Insel Hawai'i gab es Sachschäden in Millionenhöhe, und mehrere historische Gebäude wurden in Mitleidenschaft gezogen. Im Hulihe'e-Palast in Kailua-Kona aus den 1830er Jahren zeigte das Mauerwerk Risse, außerdem fiel Putz von den Decken und beschädigte historisches Mobiliar. Schäden am Mauerwerk weisen auch der historische Heiau (Tempel) Pu'ukoholā in Kawaihae (Ende des 18. Jh. von König Kamehameha als Staatsheiligtum erbaut) sowie der frühgeschichtliche Heiau Mo'okini aus dem 4. Jh. n. Chr. in Kohala auf. Die Priesterin des Heiau, Leimomi Mo'okini Lum, meinte, die Schäden an ihrem Tempel seien von den Göttern so gewollt und sollten daher nicht repariert werden. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quellen: Zeugnis der Erdstöße, Honolulu Advertiser, Honolulu Star-Bulletin)

## **Linda Lingle als Gouverneurin wiedergewählt**

Bei den Wahlen im US-Bundesstaat Hawai'i wurde am 7. November die republikanische Gouverneurin Linda Lingle mit einer überwältigenden Mehrheit von 61,7 % der abgegebenen Stimmen zusammen mit Vizegouverneur James 'Aiona wiedergewählt. Ihr Herausforderer von der Demokratischen Partei, Randy Iwase, mit seiner Vizegouverneurskandidatin Malama Solomon erhielt dagegen nur 34,9 %. Zwei andere Kandidaten erhielten zusammen weniger als 3 %.

Der seit vielen Jahren amtierende hawaiische Senator im US-Kongress, der 82-jährige Demokrat Daniel Akaka, wurde ebenfalls mit einer starken Mehrheit von 60,3 % gegen die republikanische Kandidatin Cynthia Thielen (36,1 %) wiedergewählt. Bei der Neuwahl der beiden Repräsentanten Hawai'i's im US-Kongress konnte die Demokratische Partei ihre traditionelle Vormachtstellung ebenfalls behaupten. Im Wahlkreis 1 (Stadt Honolulu) wurde der Demokrat Neil Abercrombie mit 66,4 % gegen seinen republikanischen Herausforderer Richard Hough (29,3 %) wiedergewählt; im Wahlkreis 2 (Ländliches O'ahu und äußere Inseln) gewann die Demokratin Mazie Hirono mit 59,8 % gegen den Republikaner Bob Hogue (38,1 %), der sich zuvor in den Vorwahlen knapp gegen Prinz Quentin Kuhio Kawānanakoa, einem Abkömmling der hawaiischen Königsfamilie, durchgesetzt hatte. Im Bundesstaatsparlament konnten die Demokraten ihre klare Mehrheit mit 20 zu 5 Sitzen im Staatssenat und 43 zu 8 im Staatsrepräsentantenhaus ebenfalls verteidigen. Lingles Popularität als republikanische Gouverneurin in einem ansonsten von der Demokratischen Partei dominierten

Staat scheint somit recht paradox.

Bei den gleichzeitig stattfindenden Bürgermeisterwahlen der Gemeinde Maui (Inseln Maui, Molokai, Lāna'i und Ka-ho'olawe) gewann Charmaine Tavares gegen den Amtsinhaber Alan Arakawa.

Des Weiteren wurden 5 von 9 Treuhändern des dem Bundesstaat unterstehenden Amtes für Hawaiiische Angelegenheiten (Office of Hawaiian Affairs; OHA), das sich um Belange der einheimischen Hawaiier kümmern soll, gewählt. Die vier Amtsinhaber Rowena Akana, John Waihe'e IV, Oswald Stender und Boyd Mossman wurden wiedergewählt, während Dante Carpenter seinem Herausforderer Walter Heen unterlag. Der langjährige radikale Unabhängigkeitsaktivist Bumpy Kanahele dagegen verfehlte sein Ziel, OHA-Treuhänder zu werden.

Die Wahlen wurden allgemein von Vertretern des pro-amerikanischen Establishments dominiert. Der alternative, pro-hawaiische Gouverneurskandidat William Ailā war bei den Vorwahlen am 23. September dem etablierten Demokraten Iwase unterlegen, und der für die Wiederherstellung des unabhängigen Königreichs eintretende Kau'i Amsterdam hatte bei den Vorwahlen zum Senat nur einige hundert Stimmen erhalten.

Die Wahlbeteiligung lag allerdings bei weniger als 40 %, so dass die gewählten Politiker kaum beanspruchen können, eine Mehrheit der Bevölkerung zu repräsentieren. Neben zahllosen politisch desinteressierten Einwohnern hatten auch viele der für die Unabhängigkeit eintretenden Hawaiier die Wahlen wie gewohnt boykottiert, da sie das von der amerikanischen Besatzungsmacht aufgezwungene politische System grundsätzlich ablehnen. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quellen: Honolulu Advertiser; Honolulu Star-Bulletin; Ka Leo o Hawai'i)

## **Unabhängigkeitsbewegung beginnt Vereinigungsprozess**

Am 25. November versammelten sich auf dem Gelände des 'Iolani-Palasts in der Altstadt von Honolulu knapp hundert führende Aktivisten der Hawaiischen Unabhängigkeitsbewegung, mit dem Ziel, eine dauerhafte Dachorganisation für die dutzende untereinander zerstrittenen Organisationen zu gründen. Zum ersten Mal seit langer Zeit saßen alle führenden Köpfe der Bewegung an einem Tisch, um über Strategien zur Unabhängigkeit zu diskutieren und sich auf einige hauptsächliche Programmpunkte zu einigen. Teilnehmer waren unter anderem Bumpy Kanahele von der „Nation of Hawaii“, Henry Noa von „Reinstated Hawaiian Government“, Mahealani Asing vom „Hawaiian Kingdom Seat of Government“, Dennis Ragsdale vom „Interim Provisional Government Council of the Kingdom of Hawai'i“, Peggy Ha'o Ross von „'Ohana o Hawai'i“ sowie zahlreiche individuelle Unabhängigkeitsaktivisten ohne eine feste Gruppierung.

Eine Resolution wurde diskutiert und zur Abstimmung gebracht, in der die minimalen ideologischen Übereinstimmungen aller Anwesenden aufgeführt sind. Die Resolution enthält folgende Punkte: 1. Das Hawaiische Königreich ist immer noch legal existent. 2. Hawai'i ist unter illegitimer kriegerischer Besatzung der Vereinigten Staaten. 3. Wir wollen unser Land zurück. 4. Wir lehnen die Pläne von OHA (ein Amt der US-Bundesstaatsregierung), die Hawaiier juristisch in einen US-Indianerstamm umzuwandeln, entschieden ab. 5. Wir sehen die Notwendigkeit, uns unter einer Dachorganisation zu einigen.

Als nächster Schritt wurde die Bildung einer „Temporären Re-

gierung der Nationalen Einheit“ vorgeschlagen, in der alle Fraktionen der Unabhängigkeitsbewegung vertreten sein sollen, und die dann international als Vertretung der Hawaiischen Nation auftreten kann. Der Beschluss der Resolutionen zögerte sich allerdings über Stunden hinaus, da eine Minderheit der Anwesenden den Resolutionen kritisch gegenüberstand, so dass die Versammlung schließlich auf Mitte Januar vertagt wurde.

Die Versammlung, die trotz dieser Rückschläge als historisch anzusehen ist, fand als Auftakt der Gedenkfeiern zum Hawaiischen Unabhängigkeitstag (Lā Kū'oko'a) statt, dem Nationalfeiertag des Hawaiischen Königreichs, der an die Anerkennung Hawaiis als unabhängigen Staat durch die damaligen Weltmächte Großbritannien und Frankreich am 28. November 1843 erinnert. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quellen: Augenzeugnis der Veranstaltungen; Honolulu Star-Bulletin)

## AOTEAROA/ NEUSEELAND

### **Eisbergflotte vor der Südinsel**

Eine Eisbergflotte vor der neuseeländischen Küste hat im November das ganze Land in ihren Bann gezogen. Anfang des Monats sichtete die neuseeländische Luftwaffe vor der Südinsel mehrere Eisberge mit Kurs nach Norden - so nah an der Küste wie seit 1931 nicht mehr. Zuletzt war die Flotte Ende des Monats etwa 60 Kilometer vor dem Ort Timaru in South Canterbury auf der Südinsel gesichtet worden, den neuseeländischen Aufzeichnungen zufolge so nördlich wie noch nie zuvor. Wissenschaftler zögern jedoch, den Grund für

das Ereignis in der globalen Erwärmung zu suchen: „Wir überwachen diese Dinge erst seit so kurzer Zeit, dass es unmöglich ist, so etwas festzustellen“, sagte Paul Augustinus, Dozent für glaziale Geomorphologie an der Auckland University, dem New Zealand Herald. Er fügte hinzu: „Das kommt recht häufig vor; es ist lediglich ungewöhnlich, dass solch große Berge so weit nördlich gelangen.“ Ungewöhnlich war auch das Besucherpektakel, das durch die Sichtung der Eisbergflotte ausgelöst wurde. Touristen und Einheimische gleichermaßen ließen sich von Charterflug-Anbietern für rund 400 bis 500 neuseeländische Dollar pro Sitz über die kalten Riesen fliegen, um die spektakuläre Aussicht zu genießen. Ein Paar aus Wellington plante sogar, seine Hochzeit auf einem der Eisgiganten abzuhalten. Der Pilot, der sie auf den Berg fliegen sollte, sagte jedoch aufgrund des hohen Landerisikos ab. Auch das neuseeländische Heiratsrecht machte den Beiden einen Strich durch die Rechnung: Der Sprecherin für innere Angelegenheiten, Marguerite Fahy, zufolge ist eine Eheschließung nur dann legal, wenn sie innerhalb eines Radius von 12 Seemeilen stattfindet. Die Eisberge befanden sich jedoch mehr als doppelt so weit von der Küste weg. Während Bridget Byers und Donald Wyatt noch nach Alternativlösungen für ihre Traumhochzeit suchen, schmelzen die Eismassen weiter auf ihrem Weg in wärmere Gewässer. (Artikel von Agnes Brandt, Freiburg, Quelle: New Zealand Herald)

### **Enttäuschung über europäische Fischereipolitik im Südpazifik**

Neuseeland hat die europäische Fischereipolitik im Südpazifik kritisiert. Die Regierung moniert besonders, dass die EU eingeschränkte Fisch-

fangraten in der Region weiter ablehnt. Entsprechend äußerte sich Fischereiminister Jim Anderton auf einem internationalen Treffen im australischen Hobart. Dort waren im November Vertreter von mehr als 25 Ländern zusammengekommen, um über mögliche Schutzmaßnahmen zu diskutieren und eine regionale Fischereimanagementorganisation zu gründen. Anderton zeigte sich enttäuscht darüber, dass die Schutzmaßnahmen für zerbrechliche Ökosysteme außerhalb der regionalen Wirtschaftszone von der EU, Südkorea und Russland blockiert wurden. Die uneingeschränkte Fischfangrate widerspreche dem vorbeugenden, ökosystembasierten Ansatz, der Anderton zufolge von den südpazifischen und südamerikanischen Staaten gefordert wird. Man wolle nun mit verantwortungsbewussten Fischereinationen wie Australien und den pazifischen Inselstaaten an weiteren Vorschlägen zur Regulierung der Schleppnetzscherei im Pazifik arbeiten, so der Minister. Das Konzept werde dann beim nächsten Treffen im kommenden Jahr in Chile vorgelegt. Umweltschützer hatten zuvor generell gegen den Einsatz von Schleppnetzen im Südpazifik protestiert. (Artikel von Agnes Brandt, Quelle: New Zealand Herald)

## AUSTRALIEN

### **Canberra und Jakarta unterzeichnen Sicherheitsvertrag**

Nach zwei Jahren Verhandlungen unterzeichneten am 13. November Australien und Indonesien einen Sicherheitsvertrag, auch „Lombok Treaty“ genannt, da die Unterzeichnung in einem Resort auf der indonesischen Insel „Lombok“ stattfand.

Der australische Premierminister John Howard begrüßte den Vertrag als Zeichen der sich verstärkenden Beziehungen zwischen den beiden Ländern, was sein indonesischer Amtskollege Susuilo Bambang Yudhoyono bestätigte. Der Vertrag muss jedoch noch von beiden Regierungen ratifiziert werden.

Indonesien trat vor sieben Jahren aus einem Verteidigungspakt mit Australien aus, weil Australien eine internationale Friedenstruppe in Osttimor anführte, um in dem Land für Frieden und Ordnung zu sorgen, nachdem sich Osttimor von Jakarta losgesagt hatte. Das Verhältnis zwischen den beiden Staaten kühlte sich Anfang dieses Jahres zusätzlich ab und verhinderte alle weiteren Gespräche bezüglich eines Vertrages, als Australien 42 Flüchtlingen aus West-Papua Asyl gewährte. Durch das Inkrafttreten des Vertrages wird ein solches Unterfangen für die australische Regierung nicht mehr möglich sein, da der Vertrag u.a. Indonesiens Souveränität gegenüber Provinzen wie beispielsweise West-Papua und Indonesiens territoriale Integrität anerkennt. Mit der Unterzeichnung der Rahmenbedingungen des Sicherheitsübereinkommens sollte Australien nicht länger Stützpunkt für Separatisten sein, so der indonesische Außenminister Hassan Wirajuda. Der australische Außenminister Alexander Downer betonte jedoch, dass Australien nie separatistische Bewegungen unterstützt habe. Sowohl die australische Opposition als auch Nichtregierungsorganisationen äußerten jedoch Bedenken, denn der Vertrag könnte Indonesien freie Hand im Umgang mit Gruppen geben, die die Unabhängigkeit West-Papuas anstrebten, was jedoch von Canberra anders gesehen wird.

Der Vertrag beinhaltet des Weiteren eine Zusammenarbeit im

Bereich der Terrorismusbekämpfung, gemeinsame Grenzpatrouillen der Marine und die Formalisierung militärischen Austauschs und Trainings. Der Vertrag öffnet aber auch die Türen für eine Zusammenarbeit in der Nuklearforschung und für Uranverkäufe von Australien an Indonesien. Australien besitzt etwa ein Viertel der auf der Welt bekannten Uranvorkommen. Downer erklärte hierzu, dass zuerst ein Absicherungsvertrag geschlossen werden müsse, um sicherzustellen, dass Indonesien das Uran lediglich für die zivile Nutzung einsetzt. (www.theage.com.au 14.11.06; Radio Australia – Asia Pacific 9.11.06, 14.11.06)

### **Klimawandel „erreicht“ Australien**

Australien erlebt nun im sechsten Jahr eine Dürre, was zu massiven ökonomischen Problemen im landwirtschaftlichen Bereich führt. In diesem Jahr gab es besonders wenig Regen, was nicht nur immense Einbußen für die Wirtschaft Australiens bedeutet, sondern auch einen deutlichen Anstieg der Selbstmordrate unter Farmern, die doppelt so hoch ist, wie der nationale Durchschnitt, nach sich zog. Verarmung und Landverkäufe durch die zurückgehenden Gewinne rufen vermehrt Depressionen und Suizidgedanken bei Farmern hervor. Nach offiziellen Statistiken liegt der Regenfall im Osten Australiens seit fünf Jahren unter dem Durchschnitt und mehr als 90 % von New South Wales, inklusive Sydney, leiden unter Trockenheit.

Zwar bestreitet Premierminister John Howard, dass die Trockenheit ein Ergebnis des langzeitigen Klimawandels sei, jedoch erkannte er an, dass der Klimawandel in gewisser Weise auch Australien betreffen würde. Daher gab Howard Ende Oktober bekannt, dass seine

Regierung 500 Mio. AUD (ca. 296,6 Mio. €) in umweltfreundliche Technologien, besonders im Hinblick auf die Reduzierung von Kohlendioxid-Emission, investieren würde. Mit dem Geld soll auch die Entwicklung erneuerbarer Energien gefördert werden. Im Bundesstaat Victoria wird das größte weltweite Photovoltaik-Projekt unterstützt, das seine volle Kapazität 2013 erreichen soll. Sowohl die Opposition als auch australische Nichtregierungsorganisationen kritisierten Howard, dass mehr für den Kampf gegen den Klimawandel getan werden könne. Monica Richter von der Australian Conservation Foundation erklärte, dass Australien großes Wind-, Sonnen-, Bioenergie- und Geothermalfpotential habe und dass diese Potentiale ausgenutzt werden müssten. Dann wäre Australien führend in der Industrie der erneuerbaren Energien. Australien, der weltweit größte Exporteur für Kohle, hat, wie die USA, das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichnet, da dies nach Ansicht der Regierung zu großen Schäden für die heimische Industrie bedeuten würde.

Australiens Nachbarn werden durch den Klimawandel und den Anstieg des Meeresspiegels besonders betroffen sein, insbesondere durch den Verlust von Land und Heimat. Auf dem Pacific Islands Forum in Nadi (Fidschi) im Oktober erhoben die Small Island States (SIS) erneut ihre Stimme, um auf die drohende Gefahr für ihre Länder durch den Anstieg des Meeresspiegels hinzuweisen. In den letzten Wochen erlebten viele SIS Hochwasser und damit verbunden größeren Schaden an Hab und Gut. Das Thema sei zwar nicht neu, aber man werde auf internationalen Foren immer wieder darauf hinweisen, so Anote Tong, Vorsitzender der SIS und Präsident von Kiribati – einem der am stärksten betroffenen Länder. Es wird davon ausgegangen,

dass Kiribatis Nachbar Tuvalu in nicht zu ferner Zukunft unter den Meeresspiegel absinken wird. Anfragen des Inselstaates an Australien und Neuseeland, die Bewohner Tuvalus als Flüchtlinge aufzunehmen, wurden nicht stattgegeben. Australiens Einwanderungsminister, Peter Hughes, erklärte hierzu, dass „Klimaflüchtlinge“ nicht unter die allgemeinen Bestimmungen des Flüchtlingsabkommens fallen würden und über das Thema nachgedacht werden müsse. Frank Jotzo, Umweltökonom an der National University of Australia, wies jedoch darauf hin, dass zwar für Politiker 50 bis 100 Jahre eine lange Zeit seien, in planetarischer Zeit gesehen ist dies jedoch ein kurzer Augenblick. Es müsse jetzt gehandelt werden, um ernstere Folgen zu verhindern. Darin läge das Problem. Entscheidungen werden zu häufig vertagt.

Am 30. Oktober wurde der so genannte „Stern-Report“ (*Stern Review on the Economics of Climate Change*) des ehemaligen Weltbank-Chefökonom und jetzigen Leiters des volkswirtschaftlichen Dienstes der britischen Regierung, Nicholas Stern, veröffentlicht. Darin werden v.a. die wirtschaftlichen Folgen der globalen Erwärmung untersucht. Stern warnt darin, dass durch den Klimawandel insbesondere Asien in der Zukunft verstärkt mit Überschwemmungen, Hunger, explodierenden Zahlen von Malaria-kranken und dem Wechsel des Monsuns rechnen müsse. Der Bericht hat im Vorfeld der Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen in Nairobi für viel Aufmerksamkeit gesorgt, verbunden mit einem gewaltigen Medienrummel. (BBC News 13.10.06, 19.10.06, 23.10.06, 25.10.06; Radio Australia – Asia Pacific 1.11.06; Tahitipresse 23.10.06; Wikipedia)

## „TOK BLONG PASIFIK“ PAZIFISCHER ALLTAG

### Neue Kunstgalerie in Australien eröffnet

**Australien:** Nachdem im letzten Jahr die erste „Witzig Gallery“ in Maclean an der Nordküste von New South Wales eröffnet wurde, gibt es nun eine zweite Galerie, in der Künstler aus Papua-Neuguinea ihre zeitgenössischen Werke in Australien ausstellen können. Im Oktober eröffnete die papua-neuguineische Ministerin für Gemeinwesenentwicklung, Dame Carol Kidu, die „Witzig Gallery“ in Sydney. In der Galerie werden Werke der zeitgenössischen papua-neuguineischen Kunstbewegung, die eine Fusion zwischen dem alten und neuen Papua-Neuguinea künstlerisch umsetzt, präsentiert. Die Bilder zeigen die Art, wie papua-neuguineische Künstler auf ihre heutige Lebenswelt reagieren.

Die erste Generation der zeitgenössischen Künstler, unter ihnen der Vater der zeitgenössischen papua-neuguineischen Kunst, Mathias Kauage, wurde nun von einer neuen Generation abgelöst. Deren Werke erhalten – ähnlich wie das bei der australischen Aboriginal Art zu sehen ist – immer mehr internationale Beachtung. Kauages frühe Werke werden von Sammlern weltweit geschätzt, aber auch die Bilder und Objekte der neuen Generation finden Anklang.

Traditionelle Kunstformen Papua-Neuguineas beinhalten holzgeschnitzte Masken, Totems und Boote, Körperdekoration oder Schmuck (*bilas*) für zeremonielle Anlässe, Produkte aus dekorativem Rindenstoff (*tapa*), von Frauen geknüpft Netztaschen (*bilum*), Gebäude-

dekorationen, Skulpturen und Tonwaren. Durch die Einführung von Acryl- und Ölfarben erweiterte sich das Spektrum der Gestaltung durch Farben und Strukturen. Die Arbeiten stellen Bilder von starker Ausdruckskraft, kultureller Tiefe und Vielfaltigkeit dar und sollen das Interesse australischer Sammler wecken. Die „Witzig Gallery“ lud mehrere papua-neuguineische Künstler ein, ihre Werke nach Australien zu bringen und vorzustellen.

Die „Witzig Gallery“ wird von Paul und Marianne Witzig geleitet. Den beiden ist es ein Anliegen, sich für die Verbesserung der Lebensbedingung in der papua-neuguineischen Gesellschaft einzusetzen. 5 % der Einnahmen leiten sie an Gesundheits- und Bildungsprojekte in Papua-Neuguinea weiter. ([www.witzig.com.au/gallery/wg.html](http://www.witzig.com.au/gallery/wg.html) ; National 31.10.06)

**Impressum:**

Kein Pressedienst  
 Nachrichtenzusammenstellung  
 und Redaktion: Katja Göbel  
 Kirchliche Nachrichten: Pfr.  
 Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint  
 vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für  
 die Patroklirchen im Pazifik auf  
 das Konto 10 11 111, BLZ 750  
 665 61 bei der ACREDOBANK eG  
 in Nürnberg

**Quellen:**

- upd • Jakarta Post • National •
- National Geographic • Oceania
- Fresh /Flash d'Océanie • Pacific
- Beat • Pacific Islands Report (PIR)
- Pacific Magazine • Pacific News
- Bulletin (PNB) • Pacific Nius • Post
- Courier • Radio Australia • Radio
- New Zealand International (RNZI)
- New Zealand • Sydney Morning
- Herald (SMH) • Tahitipresse • taz •
- The Lutheran • Wotok •

**Herausgeber:**

**Pazifik**  
 INFORMATIONENSTELLE

  
 Missionswerk  
 Pazifik-Info-Karte  
 in Bayern  
 Christliche Leitstelle

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau  
 Tel. 09674 9-1220 • Fax 09674 9-1220